

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 124 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 5/2005 · VOM 29. APRIL 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Eine mutige Aktion
Eberswalder Frauen**
60. Jahrestag der Befreiung

6 | **Schulentwicklung
nicht per Schnellschuß**
Rückzug der Stadtverwaltung

13 | **Der doppelte Irrtum
vom Wachstum**
Reformvorschläge Ralf Christoffers

Dritthöchste Feinstaubbelastung im Land

Die seit 1. Januar gültigen Grenzwerte werden in Eberswalde gerade noch eingehalten

Eberswalde (bbp). Seit einigen Jahren wird in Eberswalde in der Breiten Straße die Belastung durch Feinstaub gemessen, der u.a. den Emissionen von Dieselfahrzeugen entstammt, die über keinen Rußpartikelfilter verfügen. Dieser Feinstaub kann die natürlichen menschlichen Filter in Nase und Rachen ungehindert durchdringen und gelangt so bis in die Lungen.

Seit 2005 gelten EU-weit neue Grenzwerte für den Schutz der menschlichen Gesundheit. So darf der Wert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter nur an 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Der Jahresmittelwert muß unter 40 Mikrogramm pro Kubikmeter liegen.

Die Meßergebnisse aus den landesweiten Staubpartikelmessungen des Jahres 2004 hat das Landesumweltamt im Internet veröffentlicht (<http://www.luis-bb.de/i/ubis/1710006/result.aspx>). In Eberswalde wurden demnach beide Werte nicht überschritten. Der Jahresmittelwert lag bei 29 Mikrogramm pro Kubikmeter. Die Grenze von 50 Mikrogramm wurde an 25 Tagen überschritten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nur von 341 Tagen gültige Meßwerte vorliegen.

Von den insgesamt 21 Meßpunkten im Land Brandenburg weisen lediglich zwei Meßpunkte in Cottbus und Frankfurt (Oder) höhere Werte auf. Dort wird der Grenzwert von 50 Mikrogramm an 42 bzw. 39 Tagen überschritten.



Baudezernent Dr. Gunther Prüger hatte bereits vor einigen Monaten im städtischen Bauausschuß darüber informiert, daß es in Eberswalde seitens des Landes vorerst keine konkreten Maßnahmen zur Reduzierung der Feinstaubbelastung geben werde.



1. Mai 2005



Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig sie!

Eberswalde Marktplatz
Beginn 10.00 Uhr (Treffpunkt Busbahnhof)

Es reden

- Olaf Himmel DGB-Regionsvorsitzender
- Susanne Stumpenhusen ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
- ein/e VertreterIn der Montagsdemonstrationen in der Region

10.00 Uhr, Demo vom Busbahnhof zum Marktplatz,
10.25 Uhr, Kundgebung Marktplatz

anschließend Talks »Arbeitsmarktpolitik« und »Sozialpolitik«
»Fest der Kulturen« mit lokalen Projekten, Initiativen und Vereinen als Kultur- und Familienfest mit Kinderprogramm, Infoständen und Live-Musik mit

Haase & Band

Aufruf

Aus Anlaß des »60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus« rufe ich zu einer Kranzniederlegung am Sonntag, dem 8. Mai 2005, um 10 Uhr, am Sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße (Waldfriedhof) auf. Lassen Sie uns gemeinsam der Opfer gedenken und Zeichen setzen.

Reinhard Schulz,
Bürgermeister der Stadt Eberswalde

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 17.30 UHR

Befreiung

Der 8. Mai 1945, Ende des II. Weltkrieges und Tag der Befreiung. Auch nach 60 Jahren, lebt er in meinen Erinnerungen. Niemals soll vergessen werden, daß der Krieg, Mord und Brand von Deutschland ausgegangen war.

Ich war 13, aber im Bewußtsein, durch die Kriegserlebnisse, sicher schon viel älter, oder fast erwachsen. Der lange Fluchtweg mit unserer Familie von Tilsit in Ostpreußen, über Königsberg, Allenstein, Berlin, Dresden, Freiberg, Chomutov, Karlsbad, hat bis heute seine Spuren hinterlassen. Eis, Tod (vor allem von Kindern), Trümmer, das brennende Dresden (ein Tag nach meinem 13. Geburtstag), ständiger Beschuß aus der Luft und durch Bodentruppen, Hunger, Typhus, jeden Tag sterbende Menschen – das sind Bilder, die ich nicht vergessen.

Unterwegs mit einem Treck, der Eisenbahn, zu Fuß mit Handwagen und manchmal per Anhalter auf Militärfahrzeugen trafen wir am 7. Mai gegen Mitternacht in Karlsbad (Karlovy Vary) ein. Es war stockfinster, dazu die komische Ruhe und trotzdem plötzlich ein Geräusch – meine Schwester war in einen Bobenrichter gefallen. Sie war pudelnaß. Wir beschlossen, eine Bleibe zu suchen und nicht weiterzugehen. Unter einem Torbogen, wo schon viele Flüchtlinge lagerten, fanden wir Platz.

Der Morgen des 8. Mai 1945, ein wunderschöner Tag begann. Herrlicher Sonnenschein. Wir rappelten uns aus dem Schlaf, es war unheimlich. Diese Ruhe, keine Schüsse, kein Kanonendonner, keine Militärkolonnen, dafür Vogelgezwitscher. Die Menschen sahen noch etwas düster drein und trauten dieser Ruhe, dem Frieden, noch nicht. Ein Lautsprecherwagen der Amerikaner forderte die Bevölkerung auf, zum Marktplatz zu kommen, um an der Kapitulation Deutschlands sowie der Waffenübergabe durch die deutsche Wehrmacht teilzunehmen. Natürlich gingen wir hin. Die Waffenübergabe verlief bei lauter Musik und dauernden Informationen über die von Dönitz ausgesprochene und unterschriebene bedingungslose Kapitulation Deutschlands und vom Tod Hitlers. Endlich Frieden. Großes Aufatmen der Menschen.

Diesen Tag anders zu deuten, als den Tag der Befreiung, gar wie die Neonazis von einer »Befreiungslüge« zu faseln, ist unverschämt und kommt einer Verhöhnung der vielen ermordeten Menschen in den KZ und den Toten des Krieges gleich. Ich habe und werde mich, wie in all den Jahren zu vor, gegen jede Verunglimpfung des Tages der Befreiung am 8. Mai 1945 wehren. »Den Toten zur Ehre - den Lebenden zur Mahnung und Pflicht!«

GÜNTER HILDEBRANDT, PDS Schorfheide

2 Tage der Befreiung des Finowtals im Jahr '45:

21.4.: Hohenfinow, Tornow; 22.4.: Spechthausen, Trampe; 24.4.: Eberswalde; 25.4.: Nordend, Finow; 26.4.: Finowfurt; 27.4.: Britz, Lichterfelde.

Friedensgebet und Glockengeläut

Eberswalde (bbp). Mit Glockengeläut und einem ökumenischen Friedensgebet in der Maria-Magdalenen-Kirche gedachten am 25. April die Kirchengemeinden der Stadt Eberswalde der Zerstörung der Innenstadt durch einen Bombenangriff der deutschen Wehrmacht vor 60 Jahren. Alles lag in Schutt und Asche, erinnerte Pfarrer Hanns-Peter Giering, »*einzig die Maria-Magdalenen-Kirche ragte fast unzerstört aus den Trümmern heraus und rief so*

mahnend zum Frieden«. Mit dem Friedensgebet wurde erinnert »*an Opfer in unserer Stadt, an Opfer dieses schrecklichen Krieges in der ganzen Welt und an die Kriege, die heute diese Welt erschüttern und viele Opfer kosten*«. Angesichts dessen »*wollen wir erinnern, zum Frieden mahnen und Gott um Frieden bitten*«. Um 23 Uhr, zu der Zeit, an der vor 60 Jahren der Angriff begann, läuteten in der Stadt die Kirchglocken.

Radtour auf den Spuren der Zwangsarbeiter

Eberswalde (bbp). Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus im Mai 2005 führte der Verein »*Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde*« gemeinsam mit anderen Organisationen eine Fahrrad-Demo »*Auf den Spuren der Zwangsarbeiter in Eberswalde-Finow*« durch.

Die Tour begann auf dem Friedhof Finow mit Worten des Gedenkens am dortigen Zwangsarbeiterehrenmal. Der Weg führte vorbei an der früheren Berufsschule in der Biesenthaler Straße. Hier waren während des 2. Weltkrieges Zwangsarbeiter der Finower Kupfer- und Messingwerke (FKM) untergebracht. Die nächsten Stationen waren die sog. »*Ostarbeiterlager*« am Mäckersee und in der Angermünder Straße. Zur Erinnerung an die Häftlinge des Finower Außenlagers des Frauen-KZ Ravensbrück fand auf dem Parkplatz von Märkisch Edel ein Meeting mit dem anbringen einer provisorischen Gedenktafel statt. Weiter ging es zur Thimm-Einfahrt wo über das

Zwangsarbeitslager von Seiffert & Co. informiert wurde. Am Hafen gab es Infos zum Lager Dusterwinkelbrücke und zum Nordwerk. Hier brachten die Tourteilnehmer eine weitere provisorische Erinnerungstafel an.

Weiter ging es über die Britzer Straße über den Finowkanal und dann auf dem Treidelweg bis zum Kranbau-Sportplatz. Hier befand sich damals das Ardelet-Lager. Auf dem Toomparkplatz gedachten die Tourteilnehmer mit einem weiteren Meeting an das KZ-Außenlager Eisenspalterei sowie die beiden Ardeletlager auf dem Baumarktgelände und im Wald hinter dem Kreishaus. Auch hier wurde eine provisorische Gedenktafel angebracht, wie auch an der Ecke Grabow-/Bergerstraße. Dort wurde an das RAW-Lager und weitere Lager im Stadtgebiet erinnert. Vorbei am früheren »*Gemeinschaftslager*« in der Eichwerder Straße, ging es zum Waldfriedhof, wo am Ehrenmal für die Zwangsarbeiter das Abschlußmeeting stattfand.

»Diese Verbrechen dürfen sich nie wiederholen«

Eberswalde (bbp). Der Kreisverband Eberswalde der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft, der PDS-Stadtvorstand und die Stadtfraktion der PDS werden entsprechend des Aufrufs von Bürgermeister Reinhard Schulz zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus an der Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal auf dem Waldfriedhof Eberswalde in der Freienwalder Straße teilneh-

men. In einer gemeinsamen Pressemitteilung heißt es: »*An diesem Tag wollen wir den Kämpfern gedenken, die für die Befreiung Deutschlands und weiten Teilen Europas vom Faschismus gefallen sind. Wir wollen an diesem Tag gemeinsam der vielen Opfer gedenken und unseren Willen bekunden, alles zu tun, daß sich dieses Verbrechen niemals mehr wiederholt.*«

»Der Pavillonplatz – Geschichte und Zukunft«

Sonderausstellung seit 26. April 2005 im Museum in der Adler-Apotheke Eberswalde

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Bombennacht vom 25./26. April 1945 und die Entscheidungen in den Jahren nach dem Krieg haben das ehemals so dicht bebaute Stadtzentrum völlig verändert. Dies soll mit Schwerpunkt um den Pavillonplatz nachvollzogen werden. Neben verschiedenen Zeitzugnissen gegenständlicher und schriftlicher Art steht das Zeitdokument Fotografie im Mittelpunkt der Schau. Die

durch einen deutschen Luftangriff noch kurz vor Kriegsende 1945 in Trümmer gelegte Innenstadt ist der Schwerpunkt der Ausstellung. Die Beseitigung der Zerstörungen und die unterschiedlichen Vorstellungen zum Wiederaufbau der Innenstadt werden ebenso veranschaulicht wie schließlich die Vernachlässigung der noch vorhandenen historischen Bausubstanz zu DDR-Zeiten.

Zitat des Monats

IHR WERDET DIE DEUTSCHEN IMMER WIEDER DARAN ERKENNEN KÖNNEN, OB SIE DEN 8. MAI ALS TAG DER NIEDERLAGE ODER DER BEFREIUNG BEZEICHNEN.

HEINRICH BÖLL

Beschämend für Eberswalde

Hauptausschuß lehnt Ansiedlung eines Asylbewerberheims ab

Der Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat in seiner letzten Sitzung mit großer Mehrheit den Antrag einer Betreibergesellschaft auf Einrichtung eines Asylbewerberheimes in Eberswalde abgelehnt. Beantragt war, 360 ausländische Flüchtlinge und Asylsuchende in leerstehenden Gebäuden auf dem Gelände der Landesklinik unterzubringen.

Diese Entscheidung ist beschämend und aus städtischer Sicht nicht nachvollziehbar. Seit Jahren wird im Landkreis Barnim über die unhaltbaren Zustände der Asylbewerberunterkünfte, vor allem der in Schönfeld bei Bernau, diskutiert und Abhilfe gefordert. Erst in seinem jüngsten Bericht an den Kreistag im November 2004 setzte sich der Ausländerbeirat erneut dafür ein, die Flüchtlinge in den Städten unterzubringen. Die Anfang der 90er Jahre als Notlösung eingerichtete Unterbringung in abgelegenen Heimen außerhalb der Ortschaften grenzt die ausländischen Mitbürger vom sozia-

len Leben aus und verhindert eine wirkliche Integration.

Eberswalde verzichtete mit dieser Entscheidung auf 360 zusätzliche Einwohner und die damit verbundenen Steuerzuweisungen vom Land. Leerstehende landeseigene Gebäude in der Stadt hätten in Nutzung gebracht werden können.

Zu kritisieren ist auch der verwaltungstechnische Umgang mit der Anfrage. Vom Beigeordneten Uwe Birk als mündlicher Antrag in die Sitzung eingebracht, hatten die Ausschußmitglieder keine Möglichkeit, sich vorher mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die 2003 von der Stadtverwaltung eingeforderten schriftlichen Stellungnahmen der Fraktionen zu einem möglichen Asylbewerberheim blieben unerwähnt und wurden nicht zur Diskussion herangezogen.

*DOROTHEA MARTIN, Vorstandsmitglied
B90/Grüne und In-/Ausländerkreis Eberswalde*

»Ideen zusammenfassen«

Eberswalde (mm). »Mächtig zur Sache« ging es am Sonntag, den 17. April, als es um die Frage ging, welche Chancen Eberswalde und unsere Region bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes »Zentrale Orte System« haben werden. Mit Bürgermeister Reinhard Schultz aus Eberswalde und Uwe Schoknecht aus Schorfheide hatte sich Margitta Mächtig die Lokal-Matadoren eingeladen, die gemeinsam mit ihr und Ralf Christoffers, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktion sowie zahlreichen Gästen die Frage diskutierten, wie man sich in die landesweite Diskussion einbringen muß, um nicht der Zukunft hinterher zu laufen.

Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer, daß es notwendig ist, die Gesamtregion im Auge zu behalten, die über die Kreisgrenzen hinaus in die Uckermark führt. Dabei wurde in dieser Runde Schwedt mit seiner expandierenden Ölveredelungs- und Papierindustrie als un-

bestrittenes Wirtschaftszentrum der Region ebenso benannt, wie Eberswalde als nicht zu vernachlässigender Verwaltungs- und Gesundheitsstandort zu bewerten ist. Bei der Diskussion wurden die Aufgaben, die eine Kreisstadt zu erfüllen hat, ebenso diskutiert, wie die weiterhin zwingend notwendige Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. So sprachen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine zügige Umsetzung des B167-neu-Ausbaus aus, wie für die Wiedereinrichtung der Telekomstraße und die Nutzung des Flugplatz Finowfurt, deren Vertreter auf die Mischfunktion als Gewerbegebiet und Verkehrslandeplatz verweisen. Klar war am Ende, der von der »Agenda 21« initiierten Diskussionsprozeß zur Zukunft der Stadt und der Region muß schnellstmöglich fortgeführt werden, um alle Ideen für die Zukunft der Stadt und Region zusammenzufassen, auch zu sortieren und gemeinsam Prioritäten zu formulieren.

Nachtrag

In der Tabelle zum Beitrag »Europa MACHT Frieden« (BBP 4/2005) blieb bei der Kostenauflistung der Waffenprogramme der Bundeswehr ein Posten offen. Von einem unserer Leser erhielten wir die Information, daß die Kosten für das U-Boot 212 bei 500 Millionen Euro liegen. Die avisierten 4 U-Boote kosten demnach den Steuerzahler 2 Milliarden Euro. Würde die von der Bundeswehrführung gewünschte Zahl von 15 realisiert, lägen die Kosten gar bei 7,5 Milliarden Euro. Die Summe der aufgezählten Projekte des Waffenprogramms der Bundeswehr liegt damit bei 39,35 bzw. bei 44,85 Milliarden Euro.

Diskussion

Im Rahmen der politischen Diskussionsrunde »Draufsichten – Ansichten – Einsichten« lädt der Stadtvorstand der PDS Bernau zur nächsten Veranstaltung am Montag, dem 18. Mai um 19 Uhr im Treff 23 auf dem Bernauer Kulturhof, Breitscheidstr. 43a. Gemeinsam mit Dr. Roland Bach von der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus beim Bundesvorstand der PDS diskutieren wir zu aktuellen Aspekten neonazistischer Thesen. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bernau und Umgebung sind herzlich eingeladen.

*Dr. HEINZ SCHÄFER,
PDS-Stadtvorstand Bernau*

Zum Paul

Vor 60 Jahren haben deutsche Bombenflieger einen großen Teil der historischen Innenstadt Eberswaldes sinnlos zerstört. Der Krieg zur Eroberung der russischen Getreidefelder war längst verloren und das tausendjährige Reich existierte nur noch in den verwirrten Köpfen. Offensichtlich war es Angst vor den Russen, die die Verzweifelten antrieb, ihre eigene Heimat mit den letzten Bomben zu zerstören. Die Angst, von den Russen zu Recht bestraft zu werden, war wohl größer als ihre Vaterlandliebe. Man kann diesen Irrsinn noch heute an den Baulücken und Neubauten im Stadtbild erkennen. Hier und da läßt sich sogar noch ein Einschuß in der Fassade feststellen. Mancher Dachstuhl trägt schwarze Pappe statt roter Ziegel. Die vielen Prunkfassaden aus den Prachtstraßen sind für immer verschwunden.

In der DDR tat man sich schwer, die Kriegswunden zu schließen. Lag es am schlechten Baugrund oder am fehlenden Geld? Vielleicht gab es wichtigeres, oder einen Plan zur Entwicklung von Grünflächen im Zentrum? Wollte man die Wunden der Nachwelt als Mahnung erhalten? So genau weiß man das nicht.

Die neuen bundesdeutschen Herren gingen da energischer vor. Ganz schnell schlossen Anlageobjekte, Einkaufszentren und Banken die Lücken. Die Fachhochschule etablierte sich, Denkmale wurden rekonstruiert. Die Hausbesitzer renovierten die Fassaden. Selbst Reihenhäuser entstanden. Manch Meisterwerk entstand und Murks ist auch dabei. Man kann die Bauten nur begrüßen, obwohl die Stadt viele ihrer Grünanlagen verloren hat. Denn was soll schon eine Stadt ohne Häuser und Menschen?

Nach längerer Ruhe am Bau zeigt nun auch der Landkreis Flagge. Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Bombardierung legt der Landrat den Grundstein für ein neues und schickes Verwaltungsgebäude. Recht so, soll die Aufsichtsbehörde zeigen, wie man heute baut, und was sie kann. Der Landrat will sicher mit gutem Beispiel vorangehen. Mit dem Bau seines Verwaltungsgebäudes im alten Stadtzentrum übernimmt der Landkreis bis auf weiteres die architektonische Führung in der Stadt. Die späteren Bauherren dürfen und müssen sich an diesem Gebäude messen. Der Landkreis gibt Baustil, Formen und Farben, Technologien und Materialien vor. Das Beispiel wirkt viel stärker und weiter als es alle Bauvorschriften, Sanierungsbeiräte und Gestaltungssatzungen könnten. Hängt sich der Landrat Eternitplatten vors Büro, so braucht der Sanierungsbeirat keinem Bauherrn mehr mit landschaftlichen Baustoffen zu kommen. Leistet sich die Verwaltung eine Dachbegrünung, wird es leichter, andere Bauherren zu begeistern. Wir wünschen der Kreisbaubehörde eine glückliche Hand und viel Durchsetzungskraft. Sonst wird das Kreishaus auch ohne eine Skulptur recht wunderbar und der Landrat zum Paul.

Dr. MANFRED PFAFF **3**

Eine mutige Aktion Eberswalder Frauen:

»Weil mein Kind leben sollte«

Am 20. April 1945 heulten in Eberswalde die Sirenen. Sie gaben das Zeichen, daß die Zivilbevölkerung wegen des Herannahens der Front die Stadt zu verlassen habe.

Die 61. sowjetische und die 1. polnische Armee befreiten an diesem Tag die Stadt Bad Freienwalde. Diese beiden Armeen hatten die Aufgabe, die Nordflanke der seit dem 16. April auf Berlin vorrückenden 1. Belorussischen Front zu decken. Während die 1. polnische Armee über Krüge und Heckelberg bis nach Grüntal vordrang, wurde die 61. Armee vor Hohenfinow am 21. April in schwere Kämpfe verwickelt. Erst im Laufe des Tages konnten Hohenfinow und Tornow eingenommen werden. Inzwischen waren die Hauptkräfte der 61. Armee südlich durch das Waldgebiet vorgezogen und hatten die Chaussee zwischen Trampe und Eberswalde überquert. Im Stadtteil Ostende schlugen die ersten Granaten ein.

An diesem 21. April, es war ein Sonnabend, gab es in Eberswalde eine mutige Aktion. Über 100 Frauen zogen vor das Wehrbezirkskommando (heute Landratsamt in der Rudolf-Breitscheid-Straße 36), um den Stadtkommandanten Oberst Vogel aufzufordern, die Stadt kampfflos der Roten Armee zu übergeben.

Eine Augenzeugin, Frau Gertrug Bärwald, berichtete darüber am 12. Mai 1965 in der Betriebszeitung des VEB Kranbau Eberswalde »Der Kranbauer« Nr. 9: »Ich war an diesem Tage gerade in der Stadt. Hier traf ich verschiedene Frauen, die mir sagten, daß sie zum Wehrbezirkskommando gehen wollten, um den Stadtkommandanten aufzufordern, die Stadt kampfflos zu übergeben. Ich schloß mich diesen Frauen an, denn die Forderung dieser Frauen entsprach auch meinen Interessen. Der Krieg hatte mir meinen Mann genommen, außerdem zwei Brüder und zwei Schwager. Nun wollte ich wenigstens mein Heim und meine beiden Kinder behalten. Es war meiner Ansicht nach höchste Zeit, das unsinnige Blutvergießen zu beenden. Und so machten wir uns alle auf den Weg. Es wurden immer mehr Frauen, und vor der Stadtkommandantur waren wir dann eine größere Gruppe. Im Sprechchor forderten wir den Oberst Vogel auf, die Stadt kampfflos zu übergeben. Er gab uns aber darauf nur die Antwort, daß die Stadt nicht freigegeben werde, sondern bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen ist. Als er merkte, daß wir nicht so ohne weiteres wieder gehen wollten, forderte er uns gewaltsam auf, nach Hause zu gehen.«

Andere Zeuginnen meldeten sich in der »Eberswalder Kreisrundschau« vom 23.4.1965 zu Wort (zitiert nach »Eberswalde 1945 – Dokumente und Erinnerungen«, Stadt- und Kreismuseum Eberswalde, Heimatkundliche Beiträge Nr. 3). Dort heißt es:

An jenem 21. April 1945 waren weit über 200 Eberswalder Frauen auf die Straße gegang-

gen, waren zum Wehrbezirkskommando marschiert und hatten in Sprechchören gefordert, die Stadt zu schonen und kampfflos zu übergeben. Oberst Vogel ließ in den Fenstern Maschinengewehre aufstellen, drohte zu schießen, wenn der Platz nicht sofort geräumt würde. Die Frauen zogen daraufhin weiter zur damaligen Kreisleitung der Naziartei. Kreisleiter Maske ließ sie von Soldaten mit Maschinenpistolen auseinandertreiben und schrie: »Mich interessiert nicht, ob ihr Kinder habt, wir verteidigen uns bis zum Letzten.« Er war einer der ersten, die sich absetzten.

Frau Ella Winkelmann: »Ich habe große Furcht gehabt. Aber trotzdem bin ich zusammen mit meiner 15jährigen Tochter mitdemonstriert. Weil ich wollte, daß mein Kind und mein kriegsversehrter Mann am Leben bleiben sollen.«



Was die Frauen verhindern wollten: Die Kampfhandlungen und der deutsche Bombenangriff ließen die Innenstadt in Schutt und Asche sinken.

Frau Gutsche: »Ich wollte nicht mit den Kindern ins Ungewisse, nicht auf der Landstraße verrecken. Die Stadt war nicht zerstört und zu gewinnen war sowieso nichts mehr. Einer der Gründe, warum ich mich an der Demonstration beteiligte, war auch, daß die Nazis meinen Vater ins KZ gebracht hatten.«

Frau Christel Hussock: »Ich war auch dabei, weil ich wollte, daß mein Kind, das ich unter dem Herzen trug, leben sollte.«

Frau Anna Rakow: »Ich war in Berlin schon einmal ausgebombt und wollte dies nicht ein zweites mal erleben. Mein Mann war bereits im ersten Weltkrieg gefallen.«

In den Heimatkundlichen Beiträgen heißt es noch, daß der Kampfkommandant sich später in einem Brief an den Oberbürgermeister für sein Verhalten entschuldigt haben soll. Der Kreisleiter der NSDAP habe ihn daran gehindert, die Stadt zu übergeben. Außerdem drohte ein strenger Befehl aus dem Führerhauptquartier in Berlin mit dem Erschießen, wenn ein Kampfkommandant sich »verteidigungsschädigend« entschieden hätte. Vogel floh am 24. April mit seinem Stab aus der Stadt, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, Widerstand zu leisten.

Wie kam es zu dieser Frauendemonstration? Demonstrationen oder andere For-

men offenen Widerstandes hatte es angesichts der Terrorherrschaft der Nazis 12 Jahre lang nicht einmal im Ansatz gegeben. Kurz vor Kriegsende bestimmten Durchhalteparolen, die Schürung von Angst vor »den Russen« und wüste Drohungen gegen Verräter, Deserteure und Feiglinge die Propaganda. Daß diese Drohungen ernst gemeint waren, mußte auch den Eberswalder Frauen klar gewesen sein.

War es ein spontaner Aufstand der über 100 Frauen oder gab es jemanden der den Protest gezielt organisiert hatte?

Die 1995er Veröffentlichung des Museums verrät darüber nichts. Zwanzig Jahre zuvor hieß es in der von der SED-Kreisleitung herausgegebenen Broschüre »Befreier, Freunde, Kampfgefährten«, es habe sich um eine »spontan aussehende, aber von Antifaschisten organisierte Demonstration« gehandelt. An anderer Stelle heißt es: »Kommunistinnen aus Eberswalde« hätten die Aktion organisiert. Genaues könne man nicht sagen, schreibt Kurt Iwen, der von 1945 bis 49 der erste 1. Sekretär von KPD bzw. SED in Eberswalde war und sich später aktiv für die Erforschung der Geschichte engagierte, denn »bedingt durch die auf uns einstürmenden komplizierten Aufgaben haben wir es im Jahre 1945 versäumt, ... die Organisatoren der Frauenkundgebung am 21. April 1945 namentlich festzustellen.«

Das gelang erst später und wird in der 1989 erschienen Broschüre »Beiträge zur Geschichte der Kreisparteiorganisation Eberswalde der SED 1949 bis 1954« dokumentiert: »Ein Höhepunkt des heroischen Kampfes der Genossin Anna Neumann waren ihre Initiativen für die von Eberswalder Kommunisten organisierte Protestkundgebung von etwa 100 Frauen, die vom Stadtkommandanten die kampfflose Übergabe der Stadt Eberswalde forderten...« Hinweise gibt es, daß neben Anna Neumann auch Maria Kohn und die Frau von Otto Kracheel die Frauen-Demo organisierten. Wie dem auch sei. In der Broschüre von 1975 heißt es: »Diese Zeilen sollen als Würdigung der damaligen Taten bisher unbekannt Gebliebener gelten.« Dem bleibt nichts hinzuzufügen.

GERD MARKMANN

Quellen:

»Befreier, Freunde, Kampfgefährten«, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Eberswalde der SED, 1975

»Vom schweren Anfang – für die sozialistische Gegenwart und Zukunft«, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Eberswalde der SED, 1976

»Beiträge zur Geschichte der Kreisparteiorganisation Eberswalde der SED 1949 bis 1954«, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Eberswalde der SED, 1989

»Eberswalde 1945 – Dokumente und Erinnerungen«, Heimatkundliche Beiträge Nr. 3, Stadt- und Kreismuseum Eberswalde, 1995

Die Meinung eines Zeitzeugen

Zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in den Neuen Bundesländern

Für die heutigen Neuen Bundesländer, der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, hatte das Kriegsende und die Befreiung vom verbrecherischen Nationalsozialismus Hitlers die gleiche Bedeutung wie für ganz Deutschland. Trotzdem ist eine erhebliche unterschiedliche Bewertung angesagt. Die Zeitzeugen werden nach 60 Jahren immer weniger und als solcher möchte ich zur rechten Beurteilung einige Fakten der damaligen Zeit in Erinnerung bringen.

1. Der 2. Weltkrieg ist zweifellos vom Hitlerfaschismus provoziert worden. Sein Beginn wurde ermöglicht durch den Hitler-Stalinpakt - nur dadurch konnte Hitler ganz Westeuropa in seinen Herrschafts- und Einflußbereich bringen.

2. Deutschlands Herrschaft nach Osten auszubereiten, war grundsätzliches Ziel Hitlers. Andererseits stand die berechtigte Annahme, daß Stalins Absichten mit gleichen Intentionen sich nach Westen - also zunächst gegen Deutschland richteten. Für diese Annahme spricht, daß die deutsche Wehrmacht kurz hinter der Grenze zur Sowjetunion in Kesselschlachten Riesenzahlen russische Gefangene

einbrachte - noch im Sommer 1941 entstanden in vielen Städten Deutschlands große russische Gefangenenlager und z.B. die Luftabwehr wurde in weiten Bereichen Deutschlands aus russischen Waffenarsenalen bestückt, wie ich es anfangs als Lutwaffenhelfer erfahren mußte. Nach dem Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin erscheint eine derartige russische Militärpräsenz im Bereich der Westgrenze unverständlich.

3. Die Wende des Krieges wurde erst richtig mit der Landung der Westmächte in der Normandie möglich und die Rote Armee konnte unter erheblichen Menschenverlusten schließlich Berlin erreichen. Die weit überwiegende Mehrheit der Menschen in diesen Bereichen Deutschlands versuchte vor dem sowjetischen Militär in Richtung Westen auszuweichen und nicht wenige deutsche Truppenführer bemühten sich, zum Ende des Krieges statt in russische, in Gefangenschaft der Westmächte zu gelangen. Es gab sogar Gerüchte nach Hitlers Tod für die Umkehr des Krieges: Westmächte und die noch vorhandene Deutsche Wehrmacht gegen die Sowjetunion.

4. Die Gestaltung der Politik in der sowjetischen Besatzungszone und der 1949 installierten DDR war derart, daß es zum 17. Juni 1953 kommen mußte. Die Unterdrückung und Gängelung der Menschen war ähnlich wie zu nationalsozialistischer Zeit - eine Gradstufe weniger - z.B. wurde das Abhören nichtsozialistischer Rundfunksender nicht mit Todesstrafe bedroht.

Wir sollten uns also heute in den Neuen Bundesländern bewußt sein, die Befreiung vom Faschismus erfolgte vor 60 Jahren durch die Westmächte, die die Niederschlagung des Faschismus in Deutschland notgedrungen durch den Pakt mit Stalin erreichten. Vor den vielen russischen Soldaten, die dafür ihr Leben lassen mußten, haben wir uns in tiefer Ehrfurcht zu verneigen, nicht vor der Sowjetunion! Die Befreiung von dieser Sowjetunion von vor 60 Jahren erreichten wir erst vor knapp 15 Jahren und verdanken sie ihrem letzten Generalsekretär Gorbatschow und mutigen Bürgern der DDR.

Dr. med. SIEGFRIED ADLER

Dabei gewesen zu sein, reicht nicht

In ihren Publizistischen Grundsätzen garantiert die Barnimer Bürgerpost namentlich gekennzeichneten Beiträgen nicht nur eine unzensierte, sondern auch eine unkommentierte Wiedergabe. Das kann selbstverständlich nicht bei offensichtlich falschen Tatsachenbehauptungen und sich darauf aufbauenden Wertungen gelten. Insbesondere bei einem so wichtigen und sensiblen Thema wie dem 60. Jahrestag der Befreiung ist schon aus Aktualitätsgründen ein sofortiger Widerspruch nötig.

Der Beitrag von Dr. Adler beweist, daß es für die geschichtliche Wahrheitsfindung nicht reicht, Zeitzeuge zu sein. Zeitzeugnisse sind wichtig, können aber ohne das Wissen um die allgemeinen Zusammenhänge leicht in die Irre führen.

Sehen wir uns die »Fakten der damaligen Zeit«, die uns Dr. Adler zur Erinnerung bringen will, mal etwas genauer an:

1. Der Beginn des 2. Weltkrieges wurde ermöglicht durch den Ende August abgeschlossenen Hitler-Stalinpakt, schreibt Dr. Adler. Da ist natürlich was dran. Leider vergißt Dr. Adler den engen Zusammenhang zu den Ereignissen um das »Münchener Abkommen« zu erwähnen. Erst nachdem die Kapitulationspolitik Englands und Frankreich den deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei ermöglicht hatte, steuerte Stalin eine Annäherung mit Hitlerdeutschland an. Zunächst tat er dies über diplomatische Hintertüren, ohne den Westalliierten die Vordertür zuzuschlagen. Das taten vielmehr die Westmächte, als sie Anfang August 1939 die Bemühungen um ein europäisches Sicherheitssystem faktisch scheitern ließen. Ein anderer, viel weniger bekannter Fakt, spielt eine ebenso bedeutungsvolle Rolle für den schließlich Ende August abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Im

Fernen Osten befand sich die Sowjetunion nämlich seit Mai 1939 faktisch im Kriegszustand. Japan, das in den 30er Jahren große Teile Chinas erobert hatte, war am Chalkyn-Gol mit starken Truppenverbänden auf das Territorium der mit der Sowjetunion verbündeten Mongolischen Volksrepublik vorgerückt. Während der Verhandlungen zum Nichtangriffspakt mit Deutschland fanden am Chalkyn-Gol schwere Kämpfe statt, die erst am 31. August mit der Vernichtung und Vertreibung der japanischen Aggressoren endete. Isoliert von den Westmächten und in Gefahr, einem Zweifrontenkrieg ausgesetzt zu sein, gab Stalin den Werbungen Deutschlands allzu schnell nach, zumal territoriale Erwerbungen in Aussicht gestellt wurden, die die strategische Lage der Sowjetunion erheblich verbesserten. Allerdings zahlte sich das, als Hitlerdeutschland am 22. Juni 1941 den Krieg gegen die Sowjetunion begann, nicht aus. Das strategische Kräfteverhältnis hatte sich nach 22 Monaten Hitler-Stalin-Pakt für die Sowjetunion erheblich verschlechtert. Wer mehr über die Hintergründe des Hitler-Stalin-Pakts wissen will, dem sei die Stalin-Biographie von Isaac Deutscher empfohlen.

2. Auch die Mär vom Präventivkrieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion wird

durch Wiederholung nicht richtiger. Die »Riesenzahlen an russischen Gefangenen« bezeugen weniger deren Angriffsbereitschaft sondern vielmehr die unzulängliche Vorbereitung auf den Krieg, dessen Ausbruch im Frühjahr 1941 ungeachtet des bestehenden Nichtangriffspaktes als sicher gelten mußte. Dem mit Beutewaffen hantierenden Luftwaffenhelfer wurde damals sicher etwas anderes erzählt.

3. Die Landung der Westalliierten in der Normandie hatte eine große Bedeutung für den Sieg über den Hitlerfaschismus. Dieser Landung »die Wende des Krieges« anzudichten, geht jedoch an der historischen Wahrheit weit vorbei. Allein ein kurzer Blick auf die deutschen Verlustzahlen reicht, um die Absurdität dieser Behauptung zu erkennen. In der 200tägigen Schlacht um Stalingrad verlor die Wehrmacht mehr als 1,5 Millionen Mann, allein vom 19.11.1942 bis zum 2.2.1943 waren es 800.000 Mann. An der Westfront lagen die Verluste in den 214 Tagen vom 1.6.1944 bis zum 31.12.1944 insgesamt bei 634.000 Mann. Zahllose weitere Belege ließen sich anführen.

4. Bei aller notwendigen Kritik an der DDR, stellt jeder Vergleich mit der faschistischen Schreckensherrschaft eine nicht hinnehmbare Relativierung der letzteren dar.

GERD MARKMANN

Schulentwicklung *nicht per Schnellschuß*

Im Zusammenhang mit der Bildung von siebten Klassen an den weiterführenden Schulen der Stadt Eberswalde heimste sich die Verwaltung erhebliche Pressescheitel ein. Doch der Vorwurf der Konzeptionslosigkeit trifft nicht den Kern. Einerseits sollte durchaus die desaströse Landespolitik Berücksichtigung finden, andererseits folgte die Stadtverwaltung durchaus einer Konzeption.

Das Problem ist, daß diese Konzeption außerhalb der Stadtverwaltung und der Fraktionsspitze der SPD kaum jemand kannte. Statt rechtzeitig alle Stadtverordneten und gegebenenfalls die Öffentlichkeit in den Diskussionsprozeß einzubeziehen, wurden Nebelbomben geworfen, Informationen vorenthalten oder nur stückweise verabreicht und einzelne Versprechungen gemacht. So entstand der Eindruck, daß bestimmte Tatsachen geschaffen werden sollten, um irgendwelche nicht näher bekannte Lobbyinteressen umzusetzen.

Eigentlich sollte die Stadtverwaltung längst bemerkt haben, daß sie mit einer solchen Vorgehensweise bei den Stadtverordneten auf Schwierigkeiten stößt. Die Zeiten, in denen nur mit Herrn Kikow verhandelt werden brauchte, um in der StVV alles Mögliche ohne große Diskussion durchzubekommen, liegen schon geraume Zeit zurück. Vielleicht muß man den Herren in der Verwaltung doch mal einen Zettel mit den letzten Kommunalwahlergebnissen zustecken.

Wie sieht nun das Konzept der Verwaltung aus? Abweichend vom Schulentwicklungsplan, der vorsieht die Goethe-, Westend- und

Albert-Einstein-Schule zu erhalten, favorisiert die Verwaltung nunmehr den Erhalt der künftigen Oberschule Mitte. Wegen des besonderen Profils dieser Schule gab es bereits im Jahr 2001 seitens der Stadtverordneten Widerstand gegen die Schließung dieser Schule, zumal die Bevorzugung der Westendschule hauptsächlich mit dem dortigen Behindertenfahrstuhl und der Gefahr von Fördermittelrückforderungen begründet wurde. Damals wurde als Kompromiß gefunden, im Jahr 2004 nochmals über die Weiterführung der Schule in Mitte zu befinden. Das jedoch hat die Stadtverwaltung unter Hinweis auf die anstehenden Schulgesetzänderungen unterlassen.

Es dauerte ein Weilchen, bis der gemeinsame Meinungsbildungsprozeß von Verwaltung und SPD-Spitze abgeschlossen war. Im Mittelpunkt steht offenbar die Erkenntnis, daß für vier weiterführende Schulen auch in Zukunft keine ausreichende Schülerzahl zustande kommt. Offenbar wird mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang gerechnet, der die jetzige Prognose, wonach es 2009/2010 wieder zehn siebte Klassen geben werde, in Makulatur verwandelt. So soll es also künftig in Eberswalde neben den in Verantwortung des Kreises stehenden Gymnasien nur noch drei Oberschulen geben. In der Stadtmitte (ehemalige Goethe-Realschule), in Westend (ehemalige Gesamtschule Mitte) und im Brandenburgischen Viertel (ehemals Albert-Einstein-Gesamtschule). Die Gesamtschule Westend wird zwar noch in eine Oberschule umgebildet, steht jedoch als Institution auf der Abschußliste.

In das in Westend frei werdende Schulgebäude mit Behindertenfahrstuhl zieht nach Schließung der Westendschule die Oberschule Mitte ein, deren Gebäude wiederum von der Goethe-Oberschule genutzt wird. Bei dem Gebäude der Realschule in der Eisenbahnstraße, das plauderte SPD-Fraktionschef Kikow am Rande der StVV am 21. April aus, muß nämlich über kurz oder lang damit gerechnet werden, daß es für den Schulbetrieb gesperrt wird. Grund ist die fehlende Brandschutzterrasse, die aus baulichen, finanziellen und auch ästhetischen Gründen bei dem frisch sanierten Bau nicht angebaut werden kann.

Über die weitere Verwendung der jetzigen Realschule indes gibt es außerhalb von Verwaltung und SPD derzeit nur Gerüchte. Möglicherweise sollen hier jene Bereiche einziehen, die von der Schließung der Verwaltungsaußenstelle im Dr. Zinn-Weg betroffen sind.

Ob es tatsächlich so kommt, ist nun noch offen. Der Versuch, vermittels des Beschlusses über die Einrichtung der siebten Klassen unter der Hand in der Schulentwicklungsplanung vollendete Tatsachen zu schaffen, ist vorerst gescheitert. Es bleibt der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten, in der im Herbst anstehenden Fortschreibung des Schulentwicklungsplans über die künftige Schulstruktur in Eberswalde zu entscheiden. Die Stadtverwaltung täte gut daran, den angestauten Unwillen der Stadtverordneten durch eine Änderung ihrer Informationspolitik zu besänftigen.

GERD MARKMANN

Sind Schulämter sinnvoll?

Frau Reuscher, die keinen Moment ausläßt zu erklären, daß sie mit Schulentwicklungsplanung nichts zu tun hat, teilt einen Tag nach massiven Protesten der Schüler, Eltern und der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker dem Amtsdirektor Bitz-Chorin per Fax die Schließung der Grundschule Niederfinow mit. Alle Argumente, die für den Erhalt der Schule sprechen, interessieren sie nicht. Der Standpunkt des Schulträgers, der Kraft und Finanzen in die Verbesserung der Lernbedingungen investierte, interessiert sie nicht. Die erreichten hervorragenden Leistungen der Schülerinnen und Schüler interessieren sie nicht und schon gar nicht, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen Zugang in den kommenden Jahren zu erwarten ist, der die notwendige Mindestzahl von Schülerinnen und Schülern für die »kleine Grundschule« künftig sichern kann. Nein diese Verwaltungsstruktur der Landesregierung ist überflüssig. Es wird Zeit, daß die Landkreise, die Verantwortung für die Schulentwicklungsplanung in Gänze übernehmen und der Grundsatz »Kurze Beine – kurze Wege« Planungsgrundsatz wird!

MARGITTA MÄCHTIG & RALF CHRISTOFFERS

Wo bleibt das soziale Gewissen?

Sozialausschuß des Landkreises: Keine Verbesserung für ausländische Flüchtlinge

Der Sozialausschuß des Kreistages Barnim (A6) hat mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung der PDS einen Beschlusstrantrag zur erleichterten Wohnungsunterbringung ausländischer Flüchtlinge und Asylbewerber abgelehnt. Und das, obwohl alle Sachkundigen Einwohner für den Beschluß gestimmt hatten. Damit wurde erneut eine Chance vertan, zumindest für einen Teil der Asylsuchenden die seit Jahren unbefriedigende und von vielen Seiten kritisierte Wohnsituation zu verbessern.

Der gemeinsam von Bündnis 90/Grüne und dem Ausländerbeirat vorbereitete Antrag zielte darauf ab, allen Flüchtlingen, die bereits länger als 2 Jahre in einem Übergangwohnheim im Landkreis leben, das Recht auf eine angemessene Wohnung einzuräumen. In anderen Kommunen Brandenburgs sowie in anderen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern, ist die dezentrale Unterbringung längst gängige Praxis und hat sich bewährt. In Cottbus z.B. leben inzwischen 75 % der Asylbewerber in Wohnungen. Die Unterbringungskosten sind in der Regel niedriger als im Wohnheim.

Im Barnim dagegen gibt es Familien mit Kindern, die oft schon jahrelang, in einem Fall seit mehr als 10 Jahren im Übergangwohnheim leben müssen. Insgesamt 14 Familien mit Kindern sind schon länger als 2 Jahre dort untergebracht. Das ist menschenunwürdig und besonders für die Entwicklung der Kinder sehr nachteilig. Die Heime, insbesondere das in Schönfeld, sind weit abgelegen. Eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Nutzung der öffentlichen Infrastruktur sind für die Heimbewohner kaum möglich. Jeder Person stehen nur 6 Quadratmeter Wohnraum zu.

Sozialdezernent Ulrich Gräfe hat sich im Ausschuß gegen den Antrag gestellt und damit seine Ablehnung heraufbeschworen. Es stellt sich die Frage, an welcher Stelle das Soziale in seinem weiten Aufgabenfeld von Gesundheit bis Abfallwirtschaft rangiert. Daß die CDU einen solchen Antrag ablehnt, verwundert nicht. Aber was ist mit dem sozialen Gewissen von SPD und PDS?

THOMAS BERG,
Fraktionsvorsitzender Grüne/Freie Wähler

1945 – Zu spät

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende

Vielmals haben wir hier schon unseren Protest gegen soziale Ungerechtigkeit in diesem Land zum Ausdruck gebracht. Die größten sozialen Katastrophen sind aber immer die von den Herrschenden auf Kosten der einfachen Leute geführten Kriege und deren Folgen gewesen. Daher ist es nur konsequent, daß wir uns in diesen Tagen des Geschehens vor sechzig Jahren erinnern. Damals erhielt unser Volk die Quittung für die Untaten, die in seinem Namen in anderen Ländern begangen und von der großen Mehrheit der Deutschen teils gutgeheißen, teil zumindest geduldet wurden.

Auch Eberswalde wurde Ende April 1945 noch zerstört. Damals wurden alle Städte zwischen Oder und Berlin zu Festungen erklärt, die zu verteidigen waren. Die Heeresgruppe Steiner, die im Raum Oranienburg-Eberswalde lag, erhielt aus dem Bunker der Reichskanzlei den Auftrag, mit Luftunterstützung den nach Berlin vorstoßenden sowjetischen Truppen in die Flanke zu fallen und ihren Durchbruch zu verhindern. Das war vergeblich. Auch der Einsatz letzter Maschinen der Luftwaffe half da nicht mehr. Er reichte aber, um das Eberswalder Zentrum zu zerstören, als die Stadt von der Roten Armee eingenommen wurde.

Wer hier wohnte, für den war das natürlich die Katastrophe schlechthin. Im grauenhaften Geschehen dieses Krieges war die Teilerstörung eines Ortes allerdings ein alltäglicher Vorgang, der buchstäblich täglich geschah. Einige Leute bezweifeln nachträglich, daß deutsche Flugzeuge die Stadt zerstört haben. Ich sage, das ist überhaupt nicht wichtig. Natürlich haben auch Russen und Westalliierte Wohngebiete zerschossen und zerbombt, wenn sie in ihrem Vormarsch durch Widerstand behindert wurden. Der Streit um die Bomben von Eberswalde, der die »Ehre« der Wehrmacht retten soll, ist aber naiv: Die »Ehre« der Wehrmacht war schon nach dem Überfall auf Polen, Belgien und Jugoslawien, nach der Zerstörung von Warschau, Belgrad und Rotterdam nicht mehr zu retten.

Als die Altstadt von Eberswalde unterging, war mein damaliger Wohnort Stendal schon fast zwei Wochen in den Händen der Amerikaner. Am 12. April 1945 verhandelten ihre Vertreter mit dem zögernden Oberbürgermeister. Die Bürger flaggten weiß. Doch dann rückte SS an und erzwang das Einholen der weißen Fahnen. Darauf strömten die Bürger, von Antifaschisten alarmiert, in großer Zahl zum Markt und verlangten die kampflöse Übergabe. Die SS mußte aufgeben und zog ab. Ich denke, die Stendaler Bürger haben sich da befreit gefühlt! Befreit zunächst von den Wahnsinnigen, die auch dort keinen Stein auf dem anderen lassen wollten.

Ich selbst erlebte diese Tage mit meiner Mutter als Sechsjähriger in einem Dorf bei

Stendal, wo wir möglichen Kämpfen um die Stadt ausweichen wollten. Auf den Feldwegen nahe am Dorf zogen Soldaten vorbei, die Schluß machen, die nach Haus wollten. Sie fragten uns besorgt, ob SS und Feldjäger im Dorf wären. Ich glaube, auch diese Soldaten haben sich befreit gefühlt an jenem 8. Mai, an dem der Krieg in Europa endlich zu Ende war.

In Hannover habe ich die Schrecken des Bombenkrieges erlebt, der die Stadt vernichtet hat. Ich habe mitgezittert, wenn die Hauswände unter den Einschlägen der Bomben in der Nachbarschaft erbeben. Nach Stendal zu den Großeltern evakuiert, sah ich die riesigen Bomberpuls, die ab Ende 1944 über uns hinweg nach Berlin zogen und ab und an bei uns ein paar Bomben fallen ließen. Mein Schulweg führte quer durch die Stadt, weil die nächstliegenden Schulen Lazarette beherbergten. Bei Fliegeralarm wurden wir nach Haus geschickt, und im Laufen blickte ich angstvoll nach oben, wo am Himmel die silbrigen Bomber schon dröhnend über uns hinwegflogen. Nicht nur ich, die Kinder in Europa waren befreit im Mai 1945, denke ich, befreit von täglicher Lebensgefahr und Todesangst durch die Soldaten der Alliierten, die den Faschisten und ihrem Krieg ein Ende bereiteten.

Wer heute noch aus politischem Kalkül die Befreiungstat der alliierten Soldaten bestreitet, vor allem der sowjetischen Soldaten, die die meisten Opfer dafür gebracht haben, der ist wirklich ein ewig Gestriger.

Nicht dieses Kriegsende haben wir zu bedauern, sondern, daß es zu spät kam, zu spät wegen der Blindheit der meisten Deutschen. Zu spät für sechs Millionen ermordeter Juden. Zu spät für viele Tausende Antifaschisten, die unter der Folter von SA und SS, unter dem Fallbeil, am Fleischerhaken in Plötzensee oder in den Konzentrationslagern gestorben sind. Zu spät für viele Millionen Soldaten und Zivilisten an den Fronten, in den überfallenen Ländern, in den bombenzerstörten Städten. Zu spät für die Bewohner von Lidice und Oradour, für die ermordeten Geiseln in ganz Europa. Zu spät auch für jenen Neunzehnjährigen, dessen Grab ich lange gepflegt habe, weil es nahe der Grabstätte meiner Großeltern lag und weil sich sonst niemand damit abgegeben hatte. Er ist am letzten Tag des Krieges gestorben, am 7. Mai, bei Schönhausen an der Elbe, wo die Reste der Armee Wenck bis fünf nach zwölf gegen die Rote Armee kämpften.

Die Folgen dieses Wahnsinns haben wir alle noch Jahrzehnte lang getragen. Wenn heute wieder für Kanonen eher Geld da ist als für das friedliche Leben, für soziale Sicherstellung aller Bürger, für die Bildung, dann kann man nur warnen: Es darf nie wieder zu spät sein für die Vernunft!

ROLF RICHTER, am 25. April

Demo-Berichte:

33. Montagsdemo am 4.4

Zum zweiten Mal fand die Eberswalder Montagsdemo nicht auf dem Marktplatz, sondern auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel und damit in einem Wohngebiet mit sehr hoher Arbeitslosigkeit statt. In der Vorbereitung und Durchführung wirkten Viele Einwohner des Wohngebietes im Umkreis des Gemeindezentrums wirkten an der Vorbereitung und Durchführung mit. Ein umfangreiches Programm zog diesmal auch eine größere Zahl junger Leute an. Insgesamt kamen über 300 Menschen auf den Potsdamer Platz, von denen etwa die Hälfte auch am abschließenden Marsch vom Potsdamer Platz zur ausgebrannten Gaststätte »Zum Specht« teilnahmen.



Hautnah können die Bewohner des Brandenburgischen Viertels die physischen Folgen von Arbeitslosigkeit und Abwanderung verfolgen.

Nach der Begrüßung durch Hartwin Schulz hatte die Band Paid Back, eine Gruppe junger Musiker aus dem Brandenburgischen Viertel, ihren ersten öffentlichen Auftritt. Zu den drei Titeln, die sie spielte, gehörte auch die Eigenkomposition »Anti-Hartz IV-Lied«. Eine Hartz IV-Betroffene schilderte mit ergreifenden Worten ihre ausweglose Situation. Es folgte eine Aufführung des Märchens »Des Kanzlers neue Kleider« durch Mitglieder der Vorbereitungsgruppe. Die Story: Eine Ein-Euro-Jobberin näht für den Kanzler wunderschönen Anzug, der aber nur für sozial engagierte Menschen sichtbar ist. Der von sich selbst überzeugte Kanzler kann den Anzug nicht sehen. Er will sich nicht eingestehen, daß er unsozial ist. Er fällt auf den Trick herein und muß sich vom Volke sagen lassen: Der Kanzler ist ja nackt.

Nach einem weiteren Musikstück packten Hartwin Schulz und Karla Kruse ein »Paket vom Bundeskanzler« mit diversen Überraschungen aus. Bananen und andere »Geschenke« werden unter die Zuschauer geworfen: »Damit ihr zufrieden seid!« Man »freut sich« über die geschenkten 1,10 Euro pro Stunde aus des Kanzlers Kiste. Der große Schein mit der Zahl 5.200.000 erweist sich leider nicht als Banknote, sondern als Zahl der Arbeitslosen. Beim Herausheben aus der Kiste gibt es einen Ausrutscher auf einer Bananenschale, was zu der Erkenntnis führt:

Wer auf Geschenke der Politiker hofft, kann leicht auf einer Bananenschale ausrutschen.

Während der Montagsdemo wurde den Anwesenden ein »Arme-Leute-Essen«, bestehend aus Pellkartoffeln, Fettschnitten und Har(t)zer Käse angeboten, was aber verständlicherweise keinen tollen Zuspruch fand. Mehr genutzt wurde die Möglichkeit, mit Wasserbomben auf Zielscheiben zu werfen – Zielscheiben wie »Hartz IV«, »Praxisgebühr 10 Euro«, »5,2 Mio Arbeitslose«, »1,10 Euro-Jobs«. An anderer Stelle wurden Luftballons mit dem Symbol der Friedenstaube mit Helium gefüllt und mit Wunsch- bzw. Grußzetteln fliegen gelassen. Obwohl bei dem schönen Wetter nicht mehr nötig, brannte wieder ein Mahnfahrer in einem Feuerkorb.

Nach Ende des Programms führte ein lautstarker Marsch vom Potsdamer Platz zum »Specht«. Am Specht war an der brandgeschädigten und wohl abstrichreifen Gaststätte ein Großes Transparent befestigt, auf dem stand: »Blühende Landschaften«. Die Demonstranten wußten nicht, ob sie lachen oder weinen sollten. Ein Bäumchen der Hoffnung sollte gepflanzt werden, man entschied sich aber, ihm eine lebensfreundlichere Umwelt in der Nähe eines Kinderspielplatzes zu geben.

Ein Demonstrant filmte die Montagsdemo mit einer Videokamera. Das Video wird dem Bundeskanzler zugeschickt, damit er sich ein Bild von Hartz IV in Eberswalde machen kann.

34. Montagsdemo am 11.4.

Nach den 300 Teilnehmern bei der 33. Montagsdemo im Brandenburgischen Viertel war die Spannung groß, wie viele Demonstranten zur 34. Demo, nun wieder auf dem Markt, kommen würden. Wie immer kamen als erste die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe und die blickten immer wieder zur



Uhr. Als die Kundgebung eigentlich schon beginnen sollte, um 17.30 Uhr waren gerade mal 30 Leute erschienen. Als dann 10 Minuten etwa 70 Demonstranten auf dem Marktplatz standen, hatte sich die Spannung nur leicht gelöst. Es blieb eine gedrückte Stimmung.

Nach der Begrüßung durch Karla Kruse informierte Albrecht Triller über den Besuch der Sprechstunde des Landrates durch acht Mitglieder des Vorbereitungskreises der Eberswalder Montagsdemo (Seite 9). Man

Der Anfang einer Vernetzung

Beratung von Organisatoren der Montagsdemos in Templin am 9. April 2005

Templin (at). 34 Organisatoren von Montagsdemos in elf verschiedenen Orten trafen sich am 9. April in Templin, um über ihre Zusammenarbeit zu beraten. »Es ist wieder Zeit für Klassenkampf«, begrüßte Ralf Jahnke, der diese Beratung initiiert hatte, die Teilnehmer. Der aktuellen Politik von Agenda 2010 und Hartz IV müsse noch mehr Widerstand entgegengesetzt werden. Das sei die Hoffnung, die er mit dem Treffen verbinde.

Im gastgebenden Templin werden die Aktivitäten von einer Bürgerinitiative koordiniert. Nach anfangs 450 Leuten liegt die Teilnehmerzahl der Montagsdemos, mit denen nach einer Winterpause wieder begonnen wurde, jetzt bei ca. 20. Die Templiner wollen jetzt verstärkt mit Infoständen arbeiten. Für eine Suppenküche will die Sparkasse Geld geben. Jens Bolten aus Eisenhüttenstadt schilderte, daß dort die Montagsdemos vor allem von Vertretern der Gewerkschaften und Vertretern verschiedener Parteien getragen wird. Bei Teilnehmerzahlen unter 40 bis 50 beschränken sich die Eisenhüttenstädter auf Kundgebungen. In Angermünde liegen die Teilnehmerzahlen derzeit bei 100. Birgit Kühr organisiert die Demos weitgehend allein. Unterstützung hat sie von der Gewerkschaft B.A.U. Ein Bürgerbündnis wurde gegründet. In Angermünde läßt man viele Politiker sprechen. Eine Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten Markus Meckel sei allerdings völlig inakzeptabel gewesen. Künftig sollen auch hier Infostände genutzt werden. Michael Maurer aus Jüterbog sagte, daß sich die Montagsdemo auf die IG Metall sowie auf die örtliche PDS stützen könne. Es sei allerdings eine allgemeine Resignation spürbar. Er hält medienwirksame, »sympathische und auffallende« Aktionen für notwendig, wie z.B. die Aktion »Die Überflüssigen«. Die Montagsdemos in Schwedt werden im wesentlichen von attac Schwedt getragen. Klaus Helm berichtete, daß sich in Schwedt ein »Runder Tisch« gebildet hat, eine Schwedter Form des Sozialforums, der wöchentlich tagt und die Demos vorbereitet. Er dankte für die Unterstützung durch den DBG Uckermark/Barnim. Auf Demos könne man keine Gesellschaftskonzepte diskutieren, deshalb werden dafür andere Lösungen gesucht (Gesprächsrunden). Statt zentraler Demos sollen künftig mit Auto und Fahrrad entlegene Wohngebiete aufgesucht werden, um damit stärker an die Betroffenen heranzukommen. Vor der Agentur für Arbeit werden Gespräche mit Betroffenen geführt, ohne sich vom geringen Erfolg abschrecken zu lassen. Aus Königs Wusterhausen informierte Ralf Scholz, der auch attac-Mitglied ist, daß anfangs die PDS die Montagsdemos mit 250 bis 350 Teilnehmern organisierte, sich aber nach den Landtagswahlen zurückgezogen. Nach einem längeren »Loch« gehe es wieder aufwärts,

allerdings werden die Demos nur 14-tägig durchgeführt. Teilnehmer sind vorwiegend Erwerbstätige. Trotz tausender Zettel, die vor dem Arbeitsamt verteilt wurden, ist der Zuspruch von Betroffenen sehr gering. In Senftenberg, so Kerstin Weidner von der dortigen »Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht«, werde seit August 2004 an jedem Montag, auch an Feiertagen, demonstriert. Inhaltlich gehe es den Demonstrationen um den gesamten Sozialabbau. Als ein kleiner Erfolg kann verbucht werden, daß die Buspreise für die Hartz IV-Betroffenen halbiert wurden. Die Montagsdemos in Senftenberg sind parteiunabhängig. In den Reihen der Organisatoren wirken PDS-Mitglieder und attacis mit. Frank Eschholz gehört ebenfalls zur »Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht« und wirkt bei den Montagsdemos in Finsterwalde mit. Seit der 6. Montagsdemo kommen weniger als 40 Leuten. Gute Unterstützung komme von der PDS und der AWO, nicht aber von den Gewerkschaftsleitungen. Von der Montagsdemo in Berlin berichtete Roland Klautke. Nach dem Winter werden die Montagsdemo jeweils am letzten Montag des Monats durchgeführt, und zwar näher an die Betroffenen in den Stadtteilen. Am 28. März kamen 700 Demonstranten. Thomas Rudolph von der Koordinierungsstelle der Montagsdemos in Leipzig informierte, daß zeitgleich eine Regionalversammlung auch in Bayern stattfindet. Bisher sei es noch nicht gelungen, alle Montagsdemonstrationen zu erfassen. Das sei aber wichtig, um eine größere Akzeptanz zu erreichen. Er schilderte die Probleme in der Zusammenarbeit mit Vorständen bundesweit agierender Organisationen und forderte unter anderem auf, Erlebnisberichte aus den Demo-Orten mitzuteilen, die als emotional wirksame Argumentationshilfen dienen können.

In der DGB-Region Uckermark/Barnim, erläuterte Andreas Sult, unterstützten mehrere Einzelgewerkschaften die Montagsdemos in Eberswalde, Angermünde, Schwedt und Templin. Leider gingen aber zu wenige Gewerkschafter mit auf die Straße, wie auch zu wenig Betroffene. ALG II stelle auch einen Angriff auf die Tarifverträge dar.

Im zweiten Teil der Beratung ging es um die Frage, wie es gelingen könnte, mehr Menschen auf die Straße zu bringen. Neue Organisationsformen und Aktionen wurden besprochen. Wichtig sei der Ideenaustausch und die Initiierung landesweiter Aktionen.

Ralf Jahnke faßte kurz zusammen: Wir haben etwas erreicht. Der Anfang für eine »Vernetzung« ist gemacht, d.h. es gibt jetzt eine Organisationsstruktur per Internet. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht, die jeder für sich verwerten kann. »Wir haben es schwer, denn wir haben einen starken Gegner. Aber wir geben nicht auf.«

Ein Gespräch mit der SPD

»SPD sucht nach Wegen, um mit Montagsdemonstranten ins Gespräch zu kommen«, hieß es in einer Pressemitteilung der SPD Eberswalde. Daß dies unkompliziert möglich ist, zeigte sich am 30. März in der regelmäßigen Vorbereitungsrunde der Organisatoren der Eberswalder Montagsdemo. Der stellvertretende SPD-Ortsvereinsvorsitzende Jürgen Kumm hatte sich zur Teilnahme angesagt und war mit Selbstverständlichkeit empfangen worden. Es kam zu einem ungezwungenen und sehr sachlichen Gespräch.

Nach einer wechselseitigen Vorstellung der Gesprächsteilnehmer und ihrer Motivation stellte Eberswalder Montagsdemo klar, daß nicht jede Äußerung von Montagsdemonstranten mit der Meinung der Organisatoren identisch sei, aber Übereinstimmung in den grundsätzlichen Bewertungen von Hartz IV und den weiteren Maßnahmen des Sozialabbaus besteht. Dies schließt das allgemeine Unverständnis ein, daß dieser Kurs gerade von der SPD verfolgt wird.

In der mehr als einstündigen Diskussion, die von Hartwin Schulz moderiert wurde, ergriffen fast alle der 20 anwesenden Vertreter von Eberswalder Montagsdemo das Wort. Sie brachten dabei ihre persönliche Betroffenheit und Entschlossenheit zur Fortsetzung des Widerstands zum Ausdruck. Sie widersprachen der Auffassung von Herrn Kumm, daß die SPD-Genossen an der Basis keinen Einfluß auf

die große Politik hätten, und forderten dazu auf, von der Basis her Druck auf die Regierenden zu machen.

Herr Kumm führte aus, daß er auch hier lebe, selbst nur eine Halbtagsbeschäftigung ausübe und es mit seiner sechsköpfigen Familie nicht leicht habe. Im Rahmen seines sozialen Engagements komme er häufig in die Ukraine und sehe, wie es den Menschen dort gehe. Das müßten die Montagsdemonstranten auch sehen. Er wolle sich dafür einsetzen, daß die Möglichkeiten des Sozialtickets für den ÖPNV erhalten bleiben bzw. weiterentwickelt und Verbilligungen für städtische Leistungen (Bibliothek, Badpreise usw.) geprüft werden.

Die Vertreter von Eberswalder Montagsdemo hielten dem entgegen, daß Menschen nur auf die Straße gehen, wenn die Schmerzgrenze überschritten ist. Sie wollten keine Sonderbehandlung und nicht unbegrenzt alimentiert werden, aber solange sie ihren Lebensunterhalt nicht erarbeiten können, muß verlangt werden, daß der ALG-Regelsatz alle Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens berücksichtige. Sie erwarten von der örtlichen SPD, daß sie sich mit den Göttinger Forderungen an die Kommunalpolitik beschäftigt und Wege zur Erfüllung sucht (Zusammenkunft der Organisatoren von Montagsdemos u.a. sozialen Kräften am). Beide Seiten äußerten ihr Interesse an einer Fortsetzung der Gespräche.

Eberswalder Montagsdemo

Ein Gespräch mit dem Landrat

Eberswalde (at/bbp). Am 11. April nutzten acht Vertreter der Eberswalder Montagsdemo die ausgewiesene Sprechstunde, um mit Landrat Bodo Ihrke zu sprechen. Zunächst benannte Ute Frey nochmals das Anliegen. Das Gespräch stehe unter einem schlechten Vorzeichen, bedauerte sie, da der Landrat das Osterfeuers auf dem Pavillonplatz versagt habe. Sie bat Ihrke, sich zu den von Frank Töpfer vorgebrachten Göttinger Forderungen zu äußern.

»Die Gesetze werden woanders gemacht«, meint der Landrat. Der Landkreis sei nur Ausführer. Die »Arbeitslosigkeit ist unerträglich hoch«. Betriebe gehen Pleite, weil ihre Produkte zu teuer sind. Dafür seien vor allem die Lohnstückkosten verantwortlich. »Stellschrauben« für das staatliche Handeln seien:

1. An das Geld der Gutverdiener rangehen – das scheitere aber an der weltweiten Freizügigkeit. Dann wandere das Kapital ins Ausland.
2. Lohnzurückhaltung – hier hätten die Gewerkschaften allmählich begriffen, daß moderate Tarifabschlüsse nötig seien.
3. Senkung der Lohnnebenkosten – das sei letztlich die einzige Einflußmöglichkeit des Staates, die jetzt genutzt werde.

In der BRD ist nach Auffassung des Landrates kein Geld zur Verteilung da. Auch für den Landkreis bringe Hartz IV sehr hohe Belastun-

gen mit sich. Soziale Absicherungen seien daher letztlich nur auf Sozialhilfeniveau möglich. Da aber auch die Niedriglöhne kaum darüber liegen, lohne es sich nicht mehr zu arbeiten.

Eine Nachsteuerung bei Hartz IV müsse, so Ihrke, trotzdem erfolgen. Bei allen Problemen sei jedoch gesichert: »Niemand donnert völlig durch die Rostee«.

Auf ausdrückliche Nachfrage bestätigte Ihrke, daß er Hartz IV für den richtigen Weg hält. Hartz IV werde Arbeitsplätze schaffen, gab er sich überzeugt. Nicht heute, nicht morgen, aber irgendwann. Daher müßten die Maßnahmen von Hartz IV und Agenda 2010 jetzt durchgehalten werden. Auch den Zwang zu Ein-Euro-Jobs hält Ihrke für gerechtfertigt.

Unkonkret blieben Aussagen zum Sozialticket und zur Übernahme der Wohnkosten. Er sei für die Ost-West-Angleichung beim Alg II und für Besserungen beim Zuverdienst, sonst würden die Teilzeit-Billiglöhner wegbrechen.

»Was also hat uns das Gespräch mit Landrat Ihrke gebracht?«, fragen sich die Montagsdemonstranten. »Eine kurze Pressenotiz mit der Überschrift: Gespräch brachte wenig Konkretes. Es hätte auch heißen können: nichts Konkretes. Eines wissen wir jetzt noch besser: Wir haben einen Landrat, von dem wir nichts, aber auch gar nichts zu erwarten haben.«

wisse jetzt, daß von diesem Landrat, der Arbeitszwang und Hartz IV für richtig hält und sogar auf das Entstehen von Arbeitsplätzen hofft, nichts zu erwarten sei.

Ute Frey trug anschließend eine Satire auf Hartz IV vor. Erika Klatte setzte sich mit der Debatte um Saisonarbeit von Ein-Euro-Jobbern auseinander setzte. Am offenen Mikrofon meldete sich Georg Büchner zu Wort.

35. Montagsdemo am 18.4.

Wieder hatten sich etwa 70 Demonstranten auf dem Marktplatz eingefunden. Das Motto des Tages war: 100 Tage Hartz IV. Von Moderatorin Manuela Richter gab es Geburtstagsglückwünsche und Blumen für Ute Frey und Rolf Iffner, bevor Frank Töpfer eine Bilanz der ersten 100 Tage von Hartz IV zog (*der ausführlichen Redebeitrag von Frank Töpfer wird in der eMail-Liste »BBP-Forum« veröffentlicht*). Er stellte die unterschiedlichen Sichten der Regierenden einerseits und der Betroffenen andererseits gegenüber. Es brauche eigentlich keine Bilanz der ersten 100 Tage, stellte er fest, um zu merken, »daß Hartz IV kein Problem löst. Das war schon vor Inkrafttreten von Hartz IV klar. Für die Betroffenen ist Hartz IV der Weg in die gesetzlich verordnete Armut.« Frank Töpfer zitierte aus den Forderungen der Göttinger Montagsdemo nach sofortigen Maßnahmen gegen die schlimmsten Auswirkungen von Hartz IV. Dabei unterstrich er die Forderung nach Erhöhung des Regelsatzes auf 634 Euro im Monat.



Anschließend bat er die Demonstranten, mit ihm für eine Schweigeminute jenem Eberswalder Bürger zu gedenken, der sich wegen Hartz IV das Leben genommen hatte und der am vergangenen Freitag beerdigt worden war, sowie für weitere Betroffene, die keinen anderen Ausweg mehr gesehen haben. »Wir lassen uns nicht unterkriegen. Wir werden unseren Widerstand nicht nur die nächsten Tage fortsetzen«, rief er zum Schluß aus.

Hartwin Schulz und Robert Malinowski füllten eine Mülltonne – mit »Bürokratie«, »Ein-Euro-Jobs«, das Bombodrom in der Ruppiner Heide, das neue Raketenabwehrsystem, »Praxisgebühr«, das »Kitagesetz« (nach dem Kinder von Erwerbslosen bis zum Alter von drei Jahren nicht aufgenommen werden), die verblödenen Fernsehprogram-

me, die EU-Verfassung. Beide waren in der Vorwoche Gäste der Montagsdemos in Schwedt und Angermünde, von denen sie herzliche Grüße übermittelten. Anschließend sang Hartwin Schulz das Lied vom Löwenzahn, das zum Widerstand herausfordert und ermuntert, sich nicht unterkriegen zu lassen.

Das Lied vom Löwenzahn

Kam viel herum im deutschen Land und ich erzähl euch, was ich fand an Hoffnung und an neuer Fantasie. Inmitten deutscher Gründlichkeit, Beton, Asphalt und Obrigkeit da blüht der Löwenzahn so wie noch nie.

Refrain: Und dann nach langer Winterszeit siehst du sicher schon: Viele kleine Löwenzähnnchen nagen am Beton. Inmitten deutscher Gründlichkeit, inmitten Angst und Hass und Streit verbreiten Löwenzähnnchen Heiterkeit.

Der Löwenzahn, der Löwenzahn, der hat mir's wirklich angetan, denn dieses Unkraut, das bringt keiner um. Mit keinem teuren Herbizid hat man ihn bisher kleingekriegt, der Löwenzahn ist überhaupt nicht dumm. Und dann nach langer Winterszeit...

Wenn spät im Sommer er verblüht und kleinen Fallschirmsamen kriegt, dann hilf ihm doch dem alten Löwenzahn. Blas kräftig in die Blume rein, die Fallschirme, die fliegen fein und kommen sicher auch irgendwo an. Und dann nach langer Winterszeit...

Und wenn auch die Gewalt regiert und wenn die Kälte einmarschiert, das Land wird totenstill, so wie ein Grab. Und wenn der Mensch den Mensch nicht liebt und ihm statt Brot nur Steine gibt, sag ich, daß ich doch trotzdem Hoffnung hab. Und dann nach langer Winterszeit...

Weitere Redebeiträge steuerten Erika Klatte und Ute Frey bei. Heinz Ilenz und Robert Malinowski nutzten das Offene Mikro.

36. Montagsdemo am 25.4.

Diese Montagsdemo war dem 60. Jahrestag der Bombardierung von Eberswalde am 25.04.1945 gewidmet. Zur Kundgebung hatten sich ca. 65 Demonstranten eingefunden. »Von Deutschland soll wieder Krieg ausgehen« stand auf einem Transparent. Eine Tafel zeigte zwei Fotos des zerstörten Stadtzentrums von Eberswalde sowie vom neuen »Raketabwehrsystem MEADS«, dem der Bundestag in der letzten Woche seine Zustimmung gegeben hat.

Rolf Richter vom Bündnis für den Frieden Eberswalde/Mitglied bei Attac thematisierte in seiner Ansprache den Luftangriff auf Eberswalde (Seite 7). Er verband die Erinnerung an die Ereignisse Ende April 1945 mit der Verpflichtung, neuer Kriegsvorbereitung in den Arm zu fallen. Anschließend nahmen die meisten Demonstranten am Friedensgebet in der Maria-Magdalenen-Kirche teil.

Hartz IV und die 1-Euro-Huren

Seit 2002 ist der »Beruf« der Prostituierten legal und ehrsam. Ein mit so einer Dame geschlossene Kaufvertrag über 1 Portion Liebe ist also heute nicht mehr sittenwidrig und damit i.S.d. § 138 BGB nichtig. Vielleicht ist die Debatte darüber irgendwie im Irakkrieg untergegangen, aber möglicherweise kam unsere Regierung ja auf diesen Dreh, weil man auf die Zwangsmitgliedschaft der Nutten in den Sozialversicherungen nicht wirklich verzichten wollte, auch wenn die Zuhälter – vermutlich wegen unzumutbarer Härte – weit entfernt von einer solchen Zwangsversicherung sind. Zwar

Gerhard Schröder:

»Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistungen fordern müssen.«

stellen die §§ 174-184f Strafgesetzbuch (StGB) noch eine Vielzahl von Tatbeständen aus der Praxis im Rotlichtmilieu unter Strafe – etwa die die Zuhälterei (§ 181a StGB), und auch die Ausbeutung von Huren (§ 180a StGB). Doch scheint mir, daß die Legalisierung der Prostitution ganz gut eine Art Vorspiel der Hartz-IV-Gesetzgebung gewesen sein könnte. Seit Anfang des Jahres ist ein Job als Hure legal und damit zumutbar. Was das für ein nach der Ausbildung arbeitslos gewordenen Mädchen, eine wenigstens durchschnittlich attraktive ALG-II-Empfängerin, ja vielleicht auch ein paar gut gebaute Herren nach Ablauf der bekanntlich recht knappen Arbeitslosen-I-Schonzeit bedeutet, kann sich jeder denken.

Auf Sitten, Religionen, Traditionen nimmt dieses Gesetz natürlich keine Rücksicht. Wie auch – da doch gerade per Gesetz die Diskriminierung von Unterschieden unter Strafe steht. Eine arbeitslose und ALG-II-bedürftige Muslima kann also mit der Daumenschraube einer disziplinarischen Auszahlungssperre ebenso zur Verarbeitung von Schweinefleisch genötigt werden wie eine deutsche erzkatholische ehemalige Religionslehrerin zur Mitarbeit in einer Telefonsexagentur gebracht werden kann. So müssen dann also diese beide Frauen entweder den Gürtel wegen ausbleibendem Lebensunterhalt Loch für Loch enger schnallen oder für die Sozialkassen mehr als nur den Gürtel fallen lassen. Werte wie Takt und Selbstachtung waren in der Hartz-Kommission damals kein primäres Arbeitsziel. Man hatte vermutlich nur das große Ganze und Gute im Auge. Für Ballast wie Gefühle und Anstand war da einfach kein Verhandlungsspielraum. So werden also die Zeche für das Leben auf Pump wieder einmal die Frauen, die Armen, also diejenigen, die am wenigsten davon profitierten, zu zahlen haben. Betriebe, die solche Arbeitsplätze nun legal anbieten, müssen sich heute ja nicht mehr sehr verstecken. Schließ-

lich gibt es jetzt EU-weit bis nach Polen hinein fairen Wettbewerb, und wenn ein Zuhälter seine junge polnische Ware problemlos hier anbieten darf – was hat da ein auf Rendite scharfer Jungunternehmer denn schon bei Einstellung regional verfügbarer Arbeitskräfte zu fürchten. Diese Clubs haben wahrscheinlich im Schnitt eher überdurchschnittlich große Leuchtreklamen an der Fassade. Um den Streß der Berufsausbildung kommen solche Arbeitgeber übrigens auch gratis herum. Die Tätigkeit als Hure erfordert nämlich keine jahrelange Ausbildung – im Gegenteil. Berufsanfänger sind besonders gefragt, da Frischfleisch sowohl Chefs wie Kunden anzieht, so daß Vermittlungen besonders leicht sind. Derzeit soll so eine Art freiwillige Selbstverpflichtung der Bundesagenturen für Arbeit bestehen, nicht in Bordelle zu vermitteln. Das erinnert mich irgendwie an die Getränkeindustrie vor Einführung des Dosenpfandes, oder an die derzeit diskutierte Ausbildungs-Selbstverpflichtung der deutschen Industrie. Besonders wirksam waren diese ganzen Selbstzüchtigungen jedenfalls noch nie. Vermutlich hat man deshalb auch irgendwann einmal die Gesetze und Strafmaßnahmen erfunden. Aber vielleicht klappt es ja diesmal.

Für den Gastronomiebereich – liebe Eltern von Azubis ohne feste Übernahmezusage im Ausbildungsbetrieb – gibt es solche rührseligen Vermittlungshemmnisse jedoch nicht. Ehemalige Hotelmädchen und Kellnerinnen, haben reelle Chancen, demnächst die Nachtschicht im Rotlichtmilieu anzutreten. Und im Erotikbereich soll es eine erhebliche Nachfrage nach knackigem Personal geben – zumal

Wolfgang Clement:

»Wir müssen alles tun und wir können auch mehr tun, als wir bisher zu Wege gebracht haben, und wir werden beispielsweise jedem Jugendlichen ein Angebot machen.«

die Bundesagenturen vermutlich nicht in jedem Einzelfall prüfen können oder wollen, ob der Putz-, Buchhalter- und, Tresenjob oder der Bettenservice im Rotlichtviertel nicht eben doch auch eine horizontale Komponente hat.

Jetzt sollen zwar Verschärfungen der strafrechtlichen Vorschriften gegen Menschenhandel und gegen Zwangsprostitution in Kraft getreten sein, aber diese sind laut www.bwl-bote.de sorgfältig so weichgespült worden, daß Sie die zum 1-Euro-Job verdonnerten Frauen, Jungs und Mädchen nicht erfassen. Ein junger Mann auf der Straße brachte es auf den Punkt: »Die da oben wollen natürlich nur unser Bestes - und zwar unsere Frauen auf dem Servierteller.« Was soll man da noch hinzufügen? Vielleicht, daß er da genauso gut landen kann?

PETER SPANGENBERG

Finower Bürgerinitiative Pro Finow

Gegen den Ausbau der Telekomstraße

Seit mehr als sieben Jahren setzt sich der NABU für einen Verzicht des Ausbaus der L293 zwischen Biesenthal und Eberswalde (sog. Telekomstraße) ein. Zu den gravierenden Auswirkungen für die Natur im betroffenen Teil des Naturparks Barnim kommen die negativen Folgen für die Anwohner in Finow und Biesenthal. Ferner sind es in zunehmendem Maße auch finanzielle Gründe, die gegen einen Ausbau dieser Straße sprechen. Das Land Brandenburg selbst sieht keinerlei Bedarf für diese autobahnparallele Straße.

Nach einer eingehenden Prüfung hat das Verkehrsministerium aufgrund der geringen verkehrlichen Bedeutung sowie insbesondere wegen der hohen Betroffenheit von Natur und Landschaft die Entwidmung der seit mehr als 50 Jahren für den Durchgangsverkehr gesperrten L293 beschlossen. Auch der Landkreis Barnim sieht für die Telekomstraße keine überörtliche Bedeutung und erachtet die Straße selbst in Bezug zum angedachten Flughafen Finow (es gibt bis jetzt keinen Antragsteller, Klagen sind beim Oberverwaltungsgericht anhängig) nicht für notwendig.

Bei der jetzigen Variante des Ausbaus (mit 6,50 m Breite für LKW-Verkehr mit 80 km/h) droht nicht nur die Natur in dem betroffenen 6 km langen Waldabschnitt unter die Räder zu kommen. Für die Anwohner in Biesenthal und Finow ist mit einer erheblichen Verkehrs- und Lärmbelastung zu rechnen mit entsprechenden Gefahren für die Gesundheit und Sicherheit der Anwohner und Wertverlusten für die Grundstücke. Die autobahnparallele Straßenführung bietet sich als mautfreie Ausweichstrecke für den LKW-Verkehr geradezu an und wird entsprechend frequentiert werden. Die Verkehrseinbindung der Straße in Finow und Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohner sind in den aufgeführten genannten Ausbaukosten von 3,6 Millionen Euro jedoch nicht berücksichtigt und bei den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen soll kräftig gespart werden. Diese Straßenführung entspricht in keiner Weise dem heutigen städtebaulichen Anliegen, die Städte vom Schwerlastverkehr zu entlasten.

Wegen der vorgenannten Gründe ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum der Kreis den Ausbau der Telekomstraße mit bis zu 300.000 Euro unterstützen will. Dagegen sind bei der aus verkehrlicher Sicht notwendigen und sinnvollen Übernahme der L237 als Kreisstraße sowie dem Bau des Finower Knotens der B167-neu die geplanten Kosten mit 293.000 Euro

geringer als der Zuschuß für den Ausbau der Telekomstraße!

Aufgrund der finanziellen Situation des Kreises sowie des hohen Sanierungsbedarfes bei den bestehenden Kreisstraßen ist eine Investition des Kreises in Höhe von 300.000 Euro in eine Straße ohne überörtliche Bedeutung aus unserer Sicht unverantwortlich. Die vorgesehene Summe sollte lieber für die dringend notwendige Sanierung bestehender Kreisstraßen verwendet werden.

Pro Biesenthaler Straße

Für den Wiederaufbau der Biesenthaler Straße (Telekomstraße)

Eine Initiative von:

SPD Ortsverein Finow

Eine kürzlich erfolgte Unterschriftensammlung der Finower SPD wird gern als Argument für den geplanten Ausbau der sog. »Telekomstraße« verwendet. 1382 Unterschriften waren binnen kurzer Zeit als Unterstützung für den »Wiederaufbau« der Straße gesammelt worden. Aus Sicht der Bürgerinitiative »Pro Finow« handelt es sich jedoch um einen Mißbrauch des artikulierten Bürgerwillens. Die Forderung der SPD Finow nach »Wiederaufbau« der Straße nach Biesenthal wird auch von den meisten Mitgliedern der BI unterstützt. »Pro Finow« fordert ebenfalls eine Instandsetzung der Ortsverbindung und lehnt lediglich den Ausbau in den geplanten Dimensionen ab.

Die Klassifizierung der L 293 als Gemeindestraße kommt nach unserer Auffassung nicht in Frage, denn als Ortsverbindungsstraße gehört die »Telekomstraße« nicht in die Bauart von Gemeinden. Zudem gilt analog, daß es in den Gemeinden ebenfalls dringenderen Bedarf bei den übrigen Gemeindestraßen gibt.

Eine Betrachtung des Finanzbedarfs für den Straßenausbau ohne die zu gewährenden Fördermittel ist gesamtgesellschaftlich unverträglich. In diese Fehlinvestition fließen nicht nur 300.000 Euro, sondern mit den weiteren Fördermitteln mehr als 3,6 Mio Euro. Es sind gerade auch die falsch eingesetzten Fördermittel, die für andere planmäßige Aufgaben fehlen. Statt Fördermittel in die Telekomstraße zu stecken, sollte diese der planmäßigen Sicherung der Kommunalfinanzierung dienen.

Soll die »Telekomstraße« nicht ganz entwidmet werden, so sollte die Straße unter Verzicht auf einen Ausbau instandgesetzt, auf 3 Tonnen und 60 km/h begrenzt und mit einem Radweg versehen werden. Die Einbindungen in den innerörtlichen Verkehr wären in die verschiedenen Richtungen aufzusplitten und verkehrsberuhigt zu gestalten.

Aus den vorgenannten Gründen lehnt die Bürgerinitiative den Ausbau der Telekomstraße konsequent ab.

HANS-JOACHIM SCHMIEDERER und THOMAS GILLES, Sprecher der Bürgerinitiative

Müll auf die Schiene

Transporte nach Vorketzin nicht per LKW

Angesichts der hohen Verkehrs- und Feinstaubbelastung im Bereich der B2 in Bernau fordert die Fraktion Grüne/BKB im Kreistag, den Barnimer Müll mit der Bahn von Bernau nach Vorketzin zu transportieren. Sowohl der Standort der neuen Müllverladestation der MEAB an der Albertshofer Chaussee in Bernau als auch das Entsorgungszentrum im Kreis Havelland verfügen über einen Bahnanschluß. Daher ist es unverständlich, warum ab Juni täglich bis zu 240 Tonnen Müll per LKW dorthin transportiert werden sollen. Und das für die nächsten 15 Jahre. Hier nur das Kostenargument anzuführen, ist kurzsichtig. Von einem öffentlichen Auftraggeber muß man mehr Engagement für die Gesundheit der Bürger und den Schutz unserer Umwelt erwarten können.

Die Bernauer Ortsdurchfahrt gehört zu den sehr stark mit Feinstaub belasteten Straßen in Brandenburg. Die ab 1. Januar geltenden EU-Grenzwerte zur zulässigen Feinstaubbelastung können hier nicht eingehalten werden. Gegenwärtig wird ein Luftreinhalteplan erarbeitet. Täglich zusätzlich 10 bis 15 schwere LKW hin und zurück durch die Stadt zu schicken, ist sicher kein geeigneter Beitrag dazu. Grüne/BKB fordern daher die Kreisverwaltung auf, die MEAB auf den Schienentransport zu verpflichten. Dafür läßt sich sicher eine aus Kostensicht vertretbare Lösung finden. Im Zweifelsfall sollten uns Gesundheit und Umwelt ein paar Cent mehr an Müllgebühren wert sein.

THOMAS BERG, Fraktionsvorsitzender Grüne/Free Wähler im Kreistag Barnim

Erntehelfer oder Saisonarbeiter:

Chance für Arbeitslose?

Nein. Es ist vielmehr eine Zumutung für in der BRD lebende Menschen. Denn die Stundenlöhne liegen bei 5 Euro, wenn überhaupt.

Wer nicht am Arbeitsort wohnt, also täglich fahren muß, z.B. mit dem Auto, soweit er sich noch eins leisten kann, kann davon wohl kaum seinen Lebensunterhalt bestreiten. Jeder Spargel-, Gurken-, Erdbeer- oder Obstbauer möchte Billigarbeitskräfte, um seine Waren so günstig wie nur möglich anbieten zu können. Denn er muß wirtschaftlich arbeiten, also alle Kosten begleichen, sich selbst ernähren und vielleicht darüber hinaus noch etwas Gewinn übrig behalten. Kann es verwundern, wenn deutschen Arbeitslosen die Motivation fehlt, an sieben Tagen in der Woche für einen Hungerlohn, von dem man kaum leben, geschweige Reserven für die Nachsaison anlegen kann, solch schwere Arbeit anzugehen? Unsere Regierung sollte sich endlich Gedanken machen, wie man Menschen, die in diesen Niedriglohnssektoren arbeiten wollen oder müssen, ein anständiges Leben ermöglicht, das sich nicht ständig am Existenzminimum bewegt.

ERIKA KLATTE



Tag der
erneuerbaren
Energien

in Eberswalde
und
Umgebung

Samstag
30. April 2005

Der Weg in eine nachhaltige Zukunft (Teil 3)

Permakultur in der Praxis angewendet

von Daniel Fischer

A groforstwirtschaftssysteme stellen ebenfalls ein traditionelles Anbauverfahren dar, wie sie in vielen Teilen der Welt vorgefunden werden können. Es handelt sich dabei um eine Bewirtschaftungsform, bei der sowohl Bäume und Sträucher entweder gleichzeitig oder im Wechsel mit einjährigen landwirtschaftlichen Kulturen auf derselben Fläche angebaut werden. In Westafrika werden beispielsweise Mais, Sorghum, Leguminosen-Sträucher und -bäume auf demselben Feld nebeneinander kultiviert. Die Leguminosengewächse produzieren hierbei ihren eigenen Dünger und versorgen noch dazu die anderen, benachbarten Pflanzen mit Stickstoff, indem der in der Luft vorkommende Stickstoffanteil mit Hilfe von Knöllchenbakterien in ihren Wurzeln z.T. gebunden wird. Durch das regelmäßige Zurückschneiden der Bäume und Sträucher wird verhindert, daß die lichtbedürftigen einjährigen Kulturgewächse zu stark beschattet werden. Die anfallenden Äste und Blätter dienen hierbei als nährstoffreiches Mulchmaterial zur Bodenbedeckung. Es besitzt vielerlei Funktionen, indem es als natürlicher Dünger die Bodenfruchtbarkeit erhöht, den Boden vor Austrocknung schützt, das Wachstum der Wildkräuter kontrolliert und darüber hinaus eine Nahrungsgrundlage für die verschiedenen Bodenorganismen darstellt.

Baumwurzeln sowie tiefwurzelnde Gräser verhindern zwischen den Feldfrüchten außerdem Erosionsprozesse, da der Boden von ihnen festgehalten wird und der Wind die kleinen Bodenpartikel wegen der hohen Strukturvielfalt nicht so leicht abtragen kann.

Traditionelle Anbaumethoden, die an die natürlichen Standortverhältnisse bestens angepaßt sind und eine langfristige schonende Bewirtschaftung ermöglichen, werden nicht zuletzt auch von vielen indigenen Ureinwohnern und Naturvölkern praktiziert. Die Indianer haben beispielsweise Mais, Bohnen und Kürbisse meist auf ihren Feldern zusammen angebaut. Der Vorteil dieser Mischkultur liegt auf der Hand, denn der Mais dient den Bohnen als ein natürliches Rankgerüst. Die Bohnen versorgen den Mais wiederum mit einer zusätzlichen Stickstoffzufuhr und die Kürbispflanzen beschatten den Boden als eine lebende Mulchschicht. Durch diese Abfolge, die von Permakultur-DesignerInnen auch als Stapeln bezeichnet wird, kann das Sonnenlicht optimal genutzt werden.

Bill Mollison, der Begründer des Begriffs »Permakultur«, konnte viele wichtige Anregungen für seine Arbeit durch solche nachhaltigen Anbausysteme aufnehmen. Er ist in dem kleinen Fischerdorf Stanley in Tasmanien auf

dem australischen Kontinent geboren worden und verließ mit 15 Jahren die Schule, um seiner Familie in ihrem Bäckereibetrieb mitzuhelfen. Als Matrose, Fischer, Mühlen-Arbeiter, Traktorfahrer und als Glasbläser verdiente er dann bis zum Jahr 1954 durch eine Vielzahl von Berufstätigkeiten seinen eigenen Lebensunterhalt. Anschließend verbrachte er 9 Jahre als Forscher in der »CSIRO Wildlife Survey Section« und in der inländischen Fischereikommission von Tasmanien. 1968 nahm er als Biologe eine Lehrtätigkeit an der Universität von Tasmanien auf und befasste sich verstärkt mit dem Leben der australischen Ureinwohner, den Aboriginies.

Indem Bill Mollison als Wissenschaftler und Waldarbeiter viel Zeit in der australischen Buschlandschaft verbrachte und mit der Kultur der Aboriginies immer vertrauter wurde, konn-



te er prägende Erfahrungen sammeln, die letztendlich zu der Begründung von Permakultur führten. Seine ursprüngliche Inspiration erhielt er hierbei vor allem von den Wäldern und natürlichen Ökosystemen. Er studierte sie, begriff wie sie funktionierten und meinte: »So etwas könnte ich auch schaffen!«

Seine Idee war es, produktive Ökosysteme nach dem Vorbild der Natur zu schaffen, die für den Menschen nutzbar sind und ihn mit Nahrung, Medizin, Pflanzenfasern zur Textilerstellung, Brenn- und Baumaterialien versorgen. Durch die Zusammenarbeit mit David Holmgren wurde der Begriff »Permakultur« schließlich geboren.

Das beste Beispiel für ein Permakultursystem ist ein natürlicher oder naturnaher Wald. In ihm gibt es hohe Baumkronen. Darunter wachsen in verschiedenen Ebenen klei-

nerer Bäume und Sträucher. Anschließend folgt die Kraut- und Wurzelschicht. Die Kletterpflanzen bewohnen sogar alle Ebenen, indem sie sowohl den Boden bedecken als auch an hohen Bäumen hoch wachsen.

In solch einem reich strukturierten Wald ist die Produktion an Pflanzenmaterial gewaltig im Vergleich zu einem konventionellen Getreidefeld, das nur aus einer einzigen Schicht besteht. Wäre der Wald nur vollkommen aus essbaren Pflanzen aufgebaut, welch einen Reichtum würde er hervorbringen! Um wie viel größer wäre der Ertrag gegenüber dem Getreidefeld! Ein natürlicher Wald benötigt im Gegensatz zum Getreidefeld keine intensive Pflege, kein Pflügen, Aussäen, Düngen, keine Wildkrautregulierung und auch keinen Einsatz von Pestiziden. Der Wald sorgt vielmehr für sich selbst.

Die Aufnahme zeigt einen Garten, der nach dem Prinzipien der Natur bewirtschaftet wird. Anstatt eine einzige Kulturpflanze im großen Maßstab anzubauen, werden hier viele unterschiedliche Nutzpflanzen auf engstem Raum zusammen kultiviert. Dadurch wird das Sonnenlicht und die zu Verfügung stehende Fläche sehr effektiv genutzt.

Einige Permakulturprojekte wie z.B. der Waldgarten von dem Pionier Robert Hart, der mittlerweile leider schon verstorben ist und in seinen verschiedenen Büchern das Waldgartenkonzept zum ersten Mal in Europa vorgestellt hat oder die Projektfläche von der englischen Organisation »Plants For A Future« in Cornwall sehen einem lichten naturnahen Wald in der Tat sehr ähnlich. Andere Permakultursysteme sind z.B. durch Hügelbeete, die Anlage einer Kräuterspirale oder die Anpflanzung von Gehölzen in einer nach Süden ausgerichteten U-Form gekennzeichnet. Das letztere Beispiel wird auch Sonnenfalle genannt, weil das Licht optimal in die bewirtschaftete Anbaufläche einstrahlen und von den angebauten Kulturen sehr effektiv absorbiert werden kann.

Fortsetzung folgt

Der doppelte Irrtum vom Wachstum

Gespannt las ich die im März und April in der Barnimer PDS-Zeitung »Offene Worte« veröffentlichten Artikel von Ralf Christoffers mit den vielversprechenden Titeln »Der Irrtum vom Wachstum« und »Wege aus der Krise«*. Eine gründliche Analyse der Ökonomie des Spätkapitalismus ist seitens der PDS lange überfällig. Gut, dachte ich, daß sich der wirtschaftspolitische Sprecher der PDS im Brandenburger Landtag diesem Thema widmet.

Leider ohne auf das Wirtschaftswachstum als ökonomische Kategorie einzugehen, stellt Ralf Christoffers fest, daß trotz Wirtschaftswachstum weniger Steuern in die Staatskassen fließen. Und den erwarteten Beschäftigungszuwachs gibt es auch nicht. Seine Vermutung, dies liege am »Verhältnis von Binnen- und Außenhandelskonjunktur«, greift jedoch zu kurz. Wieso soll die kostengünstige Auslandsproduktion deutscher Firmen für den Außenhandel günstig sein, nicht aber für den Binnenhandel? Die für den Exportüberschuß der BRD verantwortliche Wertschöpfung findet im Inland statt. Und hier nicht zuletzt in den traditionell von mittelständischen Unternehmen geprägten Exportbranchen Maschinen- und Werkzeugmaschinenbau.

Es ist eine hochproduktive Wertschöpfung, die gerade wegen ihrer hohen Produktivität auf den Auslandsmärkten konkurrieren kann. Dieser Mittelstand nutzt die Globalisierung zur Verbesserung der eigenen Konkurrenzsituation. Die ostdeutschen Klein- und Kleinstbetriebe, auf die sich Ralf Christoffers bei seiner Mittelstandsdefinition wohl bezieht, sind daran allerdings kaum beteiligt. Deren eher kleinbürgerlich geprägte soziale Stellung bringt solche Erklärungsmuster hervor, wonach u.a. »internationale Kapitalgeber in Form von Fondsgesellschaften« für den fortgesetzten Arbeitsplatzabbau in der BRD verantwortlich seien. Hier muß man bei der Argumentation sehr genau aufpassen, daß man nicht unversehens in eine ideologische Ecke mit Leuten gerät, die schon vor 70 Jahren vom Gegensatz zwischen »raffendem« internationalem Finanzkapital und »schaffendem« deutschem Unternehmertum faselten.

Zweifelsohne sind die beschriebenen Widersprüche real vorhanden. Sie haben gerade im

Osten aufgrund der in besonderen Formen abgelaufenen Kolonialisierung mit der fast vollständigen Zerschlagung der vorhandenen industriellen Strukturen einen ganz spezifischen Charakter. Der zur entwickelten kapitalistischen Gesellschaft gehörende autochthone Mittelstand ist hier nur rudimentär vorhanden. Die Klein- und Kleinstunternehmer haben wegen ihrer Eigenkapitalschwäche kaum Chancen, sich zu wirklichen Mittelständlern zu entwickeln. Die PDS greift durchaus eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe auf, wenn sie als deren Interessenvertreterin auftritt.

Für »Wege aus der Krise« muß daran anknüpfend weitergedacht werden.

Die ökonomische Realität wird seit der dritten industriellen Revolution (Mikroelektronik etc.) immer mehr vom Wirksamwerden des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate bestimmt. Die rapide steigende Produktivität spart weit mehr Arbeitskraft ein, als für die Erweiterung der Produktion an anderer Stelle nötig ist. Auch wenn der einzelnen Arbeitskraft ein relativ höherer Mehrwert abgepreßt wird, sinkt aufgrund des hohen Technisierungsgrades die auf das eingesetzte Gesamtkapital bezogene Rate des Profits. Die Instrumentarien, dem entgegenzuwirken, sind noch dieselben wie sie Marx im dritten Band des Kapitals beschrieben hat: weitere Rationalisierung, Verlängerung der Arbeitszeit, Herunterdrücken des Arbeitslohns, Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals und auch der Außenhandel. Nur wirken diese Instrumentarien heute eben nicht mehr im bisherigen Maße dem Fall der Profitrate entgegen.

Mit diesem Problem haben, was ebenfalls schon Marx wußte, gerade die großen Unternehmen zu kämpfen. Diese können heute oft nur noch vermittels direkter oder indirekter Subventionierung Profite erwirtschaften. Oder weil sie dank überragender Machtpositionen eine Ausplünderungsökonomie zu Lasten der Dritten Welt und/oder prekär wirtschaftender Subunternehmen etablieren können. Renditen von 25 Prozent und mehr beziehen sich dennoch nur auf das Eigenkapital, welches meist nur einen Bruchteil des Gesamtkapitals solcher Unternehmen ausmacht. Ralf Christoffers kritisiert ganz richtig die Wachstumserwartung

von SPD, Grünen, CDU und FDP und deren Setzen auf das konservative Instrumentarium der 70er und 80er Jahre. Unternehmenssteuerenkungen und Niedriglohn bessern die Profitmöglichkeiten der Unternehmen bestenfalls temporär. Seine Hoffnungen, daß durch Stärkung der Binnenhandelskonjunktur »Wachstum und Beschäftigung wieder verbunden werden« verkennt aber ebenfalls die ökonomische Realität. Die zur kapitalistischen Entwicklung gehörenden Globalisierungsprozesse können nicht umgekehrt werden. Eine binnenwirtschaftliche Abschottung zur Konservierung einer vergleichsweise unproduktiven, dafür aber arbeitsintensiven Industrie ist schon einmal gescheitert und heute schlechterdings nicht mehr möglich.

Weiteres Wachstum auf der Grundlage kapitalistischer Ökonomie hat vor allem die weitere Ausplünderung der Natur und der ökonomisch unterlegenen Länder zur Folge und wird dennoch nicht »mehr Beschäftigung« bringen. Wobei »Beschäftigung« ohnehin nur die Umschreibung für die Einsaugung von Arbeitskraft zum Zwecke der Realisierung von Mehrwert ist.

Es handelt sich also um einen doppelten Irrtum: Weder Wirtschaftswachstum an sich noch ein spezielles Binnenwachstum kann zu »mehr Beschäftigung« führen und die aktuellen dauerhaft Probleme lösen.

Wir erleben es gerade mit, wie der gesellschaftliche Überbau zunehmend in Konflikt mit der ökonomischen Basis gerät. Mit den Symptomen dieser Entwicklung sind wir tagtäglich konfrontiert.

Sozialistische Politik muß sich bei aller Berechtigung der von »Sachzwängen« diktierten Tagesaktualität der Aufgabe stellen, diesen Gesamtprozeß im Auge zu behalten und ökonomische Alternativen einer Gesellschaft ohne Wert- und Mehrwertproduktion anzustreben. Hier bietet sich angesichts wenig entwickelter theoretischer Grundlagen nicht nur für den Wirtschaftsexperten der PDS viel kreativer Raum. Die »Barnimer Bürgerpost« steht als Forum für eine solche Diskussion bereit.

GERD MARKMANN

* Die beiden Artikel von Ralf Christoffers können im Internet unter www.pds-barnim.de nachgelesen werden.

PDS eröffnete Bürgerzentrum in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Am 18. April erfolgte die offizielle Eröffnung des neuen PDS-Bürgerbüros in der Breiten Straße 46, direkt gegenüber dem Löwenbrunnen. Neben den beiden PDS-Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Ralf Christoffers sowie dem Eberswalder PDS-Stadtverband und der Kreisgeschäftsstelle der PDS Barnim befinden sich hier die Büros der Eberswalder Stadtfraktion und der Kreistags-

fraktion der Partei. In einer Pressemitteilung der PDS-Stadtfraktion heißt es, das gemeinsame Bürgerzentrum gewährleiste durch die bessere Erreichbarkeit der Stadtfraktion eine größere Bürgernähe. »Es entsteht ein Begegnungszentrum und Treffpunkt für vielfältige Initiativen.« Als besonders positiv werde bewertet, daß das neue Bürgerbüro auch Menschen mit Behinderungen barrierefrei nutzen

können. Von der räumlichen Nähe zur Kreistagsfraktion und zu den beiden Landtagsabgeordneten verspricht sich die Stadtfraktion Synergieeffekte für ihre politische Arbeit in der Stadt Eberswalde.

Das PDS-Bürgerzentrum ist am Montag, Mittwoch und Donnerstag jeweils von 9 bis 16.30 Uhr sowie am Dienstag von 14 bis 17 Uhr offiziell geöffnet.

Vor 85 Jahren

Einen Monat nach den Kämpfen zur Abwehr des Kapp-Putsches (BBP 4/2005) kam es am 24. April 1920 im Finowtal erneut zu einer Massendemonstration der Arbeiter. Im Eberswalder Heimatkalender von 1960 informiert Ludwig Arendt, wie es dazu kam:

»In den frühen Morgenstunden hatte man in aller Stille in Britz durch ein starkes Gendarmerieaufgebot von etwa 18 Gendarmen 8 Arbeiter verhaftet mit der Begründung, sie hätten am 18. März bei einer öffentlichen Versammlung gegen den Gendarmeriewachtmeister Kampa in Britz Tätlichkeiten begangen. Es waren die Arbeiter O. Eggebrecht, K. Dahl, F. Krause, G. Rünger, H. Blumeyer, O. Hartwig, P. Puttrich und R. Sobeck.«

Sie wurden gegen 7 Uhr in das Gefängnis Eberswalde gebracht. Die Nachricht über die Verhaftung verbreitete sich schnell. »Man beschloß, unter Niederlegung der Arbeit die Befreiung aller Verhafteten zu fordern. Bald ruhte in allen Betrieben des Finowtals, wie Messingwerk, Ardelt, Seiffert, Müller u. Schreiber und in vielen anderen die Arbeit. Alle Arbiter gruppierten sich zu einem großen Demonstrationzug, der etwa gegen ½12 Uhr die Eisenbahnbrücke erreichte. Der Zug bewegte sich dann durch die Eisenbahn-, Kreuz- (heute: Friedrich-Ebert-Str.) und Bismarckstraße (heute: Goethestraße), vor den Augen der aufgeschreckten und staunenden Bürgerschaft unserer Stadt, die nichts ahnte, zum Gerichtsgebäude (heute Polizeiwache), das gegen 12 Uhr von den Arbeitermassen eingeschlossen wurde.«

Der bekannte Gewerkschaftsführer Max Schrodeck, der dem während des Kapp-Putsches gebildeten Zentralrat angehörte (BBP 3/2005), setzte sich mit Amtsrichter Stricker und dem Geheimen Justizrat Hirschberg wegen der Freilassung der Verhafteten in Verbindung und machte sie auf die Folgen einer längeren Verhaftungsdauer aufmerksam. Er könne für die empörten Arbeiter nicht garantieren.

»Der vor Angst schlotternde Amtsrichter setzte sich sofort mit dem Landesgericht Prenzlau in Verbindung, das die Verhaftung angeordnet hatte. Man gab mit einer faden-scheinigen Begründung (da kein Fluchtversuch vorlag) die Arbeiter aus Angst frei. Mit großem Jubel wurden die Genossen, auf den Schultern getragen, von den Arbeitern begrüßt.«

Max Schrodeck wies in einer Ansprache auf die Macht der geeinten Arbeiterklasse hin. Die Regierung habe nichts getan, um Arbeiter, die die Verfassung schützten, vor einer Verhaftung zu bewahren. Die Kapp-Putschisten hingegen lasse man frei herumlaufen. Zum Schluß forderte Max Schrodeck die Arbeiter auf, wieder an die Arbeitsstätten zurückzukehren. »Ruhig und in geordneten Zügen, wie sie gekommen waren, zogen die Massen wieder zu ihren Ausgangspunkten zurück. In einigen Betrieben wurde erst am Montag (26.4.) die Arbeit wieder aufgenommen.«

G.M.

Prügel für Erhöhungs-Pläne

Wie die Ortsbürgermeister doch noch zur Erhöhung ihrer Entschädigungen kommen

Nicht allzu lange ist es her, da berichtete die MOZ darüber, daß »die geplante Erhöhung ihrer Aufwandsentschädigungen (der Ortsbürgermeister in der Gemeinde Schorfheide) um mehr als 100 Prozent nicht beschlossen wurde. Die Ortschefs kriegen wieder ihre Entschädigung in alter Höhe von monatlich 80 bis 290 Euro. Aber allein schon der Vorschlag, diesen Verdienst auf 175 bis 750 Euro anzuheben, löste heftige Reaktionen aus.« Und selbst der Bürgermeister, Herr Schoknecht, wird mit den Worten erwähnt: »Eine Mehrheit zeichnet sich ab, glaubt Bürgermeister Uwe Schoknecht, die das Thema gar nicht mehr anfassen will.«

Geht man nun davon aus, daß in der Gemeinde ohne das Wohlwollen des Bürgermeisters gar nichts läuft, so ist es schon verwunderlich, daß auf der jüngsten Beratung des Hauptausschusses dieses, in Leserbriefen als »Raffke Mentalität« bezeichneten Verhalten, nun erneut durch eine AG eingebrachten Vorschlag in abgewandelter Form schon wieder auf der Tagesordnung stand und – man höre und staune – auch eine Mehrheit fand. Und das auch noch rückwirkend zum 1.1.2005, obwohl die alte Satzung wieder in Kraft ist.

Nun, nicht alle Hauptausschußmitglieder stimmten zu und manchen scheint es auch peinlich zu sein, aber eben der Mehrheit nicht. Doch jetzt kommt erst das Pikante und das sage ich in Anerkennung der fleißigen Ausübung des Ehrenamtes der Ortsbürgermeister, die durchaus mit einer angemessenen Entschädigung zu vereinbaren ist.

Da man nun wohl eingesehen hat, daß der öffentliche Haushalt derzeit nicht mehr belastbar ist und vor allem auch den Einwohnern nicht vermittelbar ist, so will man ganz ungeeignet den Gemeindevertretern und Fraktionsvorsitzenden in die Tasche greifen und deren kaum nennbare Aufwandsentschädigung um je

10 Euro pro Monat kürzen und dieses dann gestaffelt den Ortsbürgermeistern zur Verfügung stellen.

Für mich ist es nicht nachvollziehbar und ich kenne auch keine gleichgelagerten Beispiele, wo man sich gewissermaßen auf Kosten seines Nachbarn in den Gemeindevertreter-sitzungen die Diäten erhöht und rückwirkend den Gemeindevertretern gezahlte Aufwandsentschädigungen abzieht. Ist das überhaupt rechtens oder ein Fall für die Kommunalaufsicht?

Nun, moralisch ist es sicherlich nicht und ob alle Ortsbürgermeister darüber glücklich sein werden, bezweifle ich. Auf alle Fälle müssen sie aber damit leben – sollte diese Vorlage in der Gemeindevertretung eine Mehrheit finden.

Wertet man auf diese Weise die Tätigkeit der Ortsbürgermeister auf, so muß man doch im Umkehrschluß sagen, daß die Tätigkeit der Gemeindevertreter und Fraktionsvorsitzenden keine hohe Wertschätzung erfährt.

Sollten diese zukünftig nur zum abnicken von Vorlagen und insbesondere der jetzt vorliegenden gebraucht werden, so wäre die Kürzung ihres Salärs wohl gerechtfertigt, aber ich kann es einfach nicht glauben, daß das so ist.

»Ich ziehe nicht nur den Hut vor Ihnen« (den Ortsbürgermeistern), sondern vor allem gewählten Gemeindevertretern und den Mitgliedern der Ortsbeiräte, auch wenn es hier entsprechend den Möglichkeiten und Fähigkeiten sicher unterschiedliche, aber insgesamt unverzichtbare Aktivitäten zum Wohl der Orte als auch der Gemeinde gibt.

Das schreibe ich als nicht Betroffener sondern als Stellvertreter des kleinsten Ortsteiles der Gemeinde Schorfheide, Schluff, der für sein Ehrenamt – und dabei liegt die Betonung auf »Ehren« – 15 Euro Aufwandsentschädigung erhält.

GÜNTER VOGLER

Ausstellung: »Auf dem Weg«

Potsdam (bbp). Mit Fotografie, Malerei und Keramik aus einhalb Jahrzehnten ist die in Britz beheimatete Fotografin und Malerin Christine Radecke-Kluge seit 21. April in den Räumlichkeiten der Friedrich-Naumann-Stiftung (Truman-Haus, Atrium im Neubau, Karl-Marx-Straße 2, Potsdam-Babelsberg) zu sehen. Dirk Amelung aus Eberswalde stellte die Künstlerin und ihr Werkin Potsdam vor.

Christine Radecke-Kluge ist 1968 in Eberswalde geboren. Sie konzentrierte sich zunächst auf die Schwarz-Weiß-Fotografie und erhielt auch für Ihre Arbeiten zahlreiche Preise. Nach über zehn Jahren der Fotografie fand sie den Zugang zur Malerei, um vom flüchtigen Moment der Entstehung einer Fotografie zur Umsetzung eigener Phantasien und Ideen zu gelangen. Nach Ihrer Ausbildung von 1998 bis

2000 bei dem Maler und Grafiker Manfred Tecla folgte 2001 ein Semester Aktstudium an der Freien Kunstschule in Berlin.

In allen Phasen ihrer künstlerischen Tätigkeit war sie viel auf Reisen und hatte das Bedürfnis, Gesehenes und Erlebtes auf ihre Art umzusetzen. Dabei waren es anfangs Landschaften und Städtebilder, die entstanden. Später waren es mehr die Menschen, die in den Vordergrund rückten, das Leben miteinander, unterschiedliche Lebensformen und die Werte anderer Kulturen. Die bevorzugten Techniken der Künstlerin sind Öl, Acryl, Mischtechniken, Fineliner und Keramiken in Plattenaufbautechnik. Die von der »Neuen Apotheke« (Rudolf-Breitscheid-Str. 2 in Eberswalde) unterstützte Ausstellung bei der Friedrich-Naumann-Stiftung wird noch bis zum 21. Mai zu sehen sein.

Ausländerbeirat wird neugewählt **Benefiz-Konzert**

Die Wahlperiode des jetzigen Ausländerbeirates endet am 26. Mai 2005. Daher macht sich eine Neuwahl erforderlich. Der Ausländerbeirat soll nach der Hauptsatzung des Landkreises Barnim in Angelegenheiten der Ausländer und Ausländerinnen gehört werden. Er kann dem Kreistag und seinen Ausschüssen und dem Landrat Anregungen vortragen. Er besteht aus 9 Mitgliedern und wird von dem am Wahltag im Landkreis länger als 3 Monate legal lebenden Ausländern und Ausländerinnen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, auch wenn sie gleichzeitig die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für die Dauer von 3 Jahren gewählt.

Die Wahl des Ausländerbeirates findet am 24.07.2005 statt. Wahlvorschläge können von ausländischen Listenvereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerbern/Einzelbewerberinnen eingereicht werden. Die Absicht, sich zu einer Listenvereinigung zusammenzuschließen, ist der Wahlleiterin spätestens am siebenundvierzigsten Tag vor der Wahl schriftlich anzuzeigen.

Die Wahlvorschläge sind bis zum 38. Tag vor der Wahl, dem 16.06.2005, 15.00 Uhr, bei der Wahlleiterin, Frau Marieta Böttger, in 16225 Eberswalde, Heegermühler Straße 75 Kreisverwaltung Barnim, Zimmer 410, einzureichen. Entsprechend § 28 BbgKWahlG (Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz) darf der Wahlvorschlag mehrere Bewerber/innen enthalten.

Im Wahlgebiet Barnim beträgt die Höchstzahl der auf einem Wahlvorschlag zu benennenden Bewerber/innen 14 Personen. Alle erforderlichen Unterlagen zur Einreichung eines Wahlvorschlages sind bei der Wahlleiterin erhältlich.

In Vorbereitung auf die Wahl führt der Ausländerbeirat die nachfolgend genannten öffentlichen Informationsveranstaltungen durch.

- Dienstag, 10. Mai, 16.00 Uhr in Bernau, Oranienburger Straße 10a (jüdische Gemeinde);
- Donnerstag, 19. Mai, 18.30 Uhr in Eberswalde, Potsdamer Allee 35 (evangelisches Gemeindezentrum Brandenburgisches Viertel).

CHRISTIAN TRILL,

Pressesprecher Landkreis Barnim

mit **André Herzberg** in Eberswalde
Freitag, 29. April 2005, 20:00 Uhr
EXIL e.V., Am Bahnhof Eisenspalterei
(Nähe Familiengarten)

Auf Einladung der Barnim-Uckermark-Stiftung gastiert der Musiker André Herzberg am 29. April in Eberswalde. Herzberg ist als ehemaliger Sänger der Band PANKOW bekannt, die mit ihrem ersten Album »Kille, Kille« 1983 den Grundstein für eine der erfolgreichsten Bandkarrieren der DDR legte. Neben der Rockmusik widmete sich Herzberg stets auch der Theaterarbeit. 1991 veröffentlichte er sein erstes Soloalbum, das dritte Soloalbum »Losgelöst« ist jüngst erschienen.

Die Erlöse aus dem Ticketverkauf kommen einem Spendenfonds der Stiftung zu Gute, aus dem die Stiftung das Grundstück und die Baracken eines ehemaligen Außenlagers des KZ Ravensbrück in Eberswalde erwerben will.

Das Gelände wird heute von den beiden Vereinen »Exil e.V.« und »Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule e.V.« genutzt. Mit dem Erwerb soll der denkmalgeschützte Gebäudebestand langfristig erhalten werden. Gleichzeitig soll auf diese Weise die Nutzung für Zwecke der demokratischen Jugend- und Kulturarbeit gesichert werden. Der Eintritt für das Konzert beträgt an der Abendkasse 10 Euro.

ANDRÉ KOCH

Garteneinweihung

Eberswalde (bbp). Am 7. Mai findet die offizielle Einweihung der im Rahmen des Stadumbaus und des Projektes »Soziale Stadt« mit öffentlichen Mitteln geschaffenen Außenanlagen des evangelischen Gemeindezentrums im Brandenburgischen Viertel statt. Die Feierlichkeiten beginnen um 14 Uhr mit einem Gottesdienst im Garten. Dabei gibt es Auftritte des Eberswalder Gospelchors und von Kindern der Kita »Arche Noah«. Anschließend sind die Bürgerinnen und Bürger des Viertels eingeladen, um den Garten in Besitz zu nehmen. Gartencafé, Grillhütte, Hüpfburg, Volleyball, Knüppelkuchen, Schminken, Spiele mit Kindern, Karaoke-Show, Basteln, Schatzsuche und Country-Dance gehören zu den umfangreichen Angeboten des Tages. Für alle, die den Garten mitgestaltet haben, wird es ein Dankeschön geben. Außerdem stellen sich Gruppen vor, die im Gemeindezentrum ihr Domizil haben. Dazu gehören u.a. die Krabbelgruppe, der Tauschring, die Montagsdemo, die Alkohol-Selbsthilfe und die Gruppe Torwand. Diese bei weitem nicht nur christlich geprägten Gruppen verdeutlichen den Ansatz des Gemeindezentrums, der auch am Abend deutlich wird. Dann gibt es nämlich gemixte Cocktails, die bei Musik mit DJ Kappi beim Tanz in die Nacht genossen werden können.

Kontakt: Ev. Gemeindezentrum Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde, Tel. 0334/3836820

Von der EU-Verfassung zur Dienstleistungsrichtlinie

Finowfurt (ks). Warum gibt es keine Volksabstimmung zur EU-Verfassung? Was steht überhaupt in der Verfassung? Was steckt hinter der Dienstleistungsrichtlinie und was bringt sie für uns? Was macht eigentlich ein Europaabgeordneter in Brüssel oder Strasbourg? Haben wir kleinen Leute etwas von diesem Europa? Mit diesen Fragen setzt sich am 1. Mai, zum tradi-

tionellen Frühschoppen der PDS Schorfheide, der PDS-Europaabgeordnete Dr. Helmuth Markov auseinander. Er informiert und diskutiert über die aktuellen Entwicklungen in Europa und bei uns und über seine Arbeit als Europaabgeordneter. Der Mai-Frühschoppen beginnt am 1. Mai um 9.30 Uhr. Diskussionsort ist der »Treff am Treidelsteig« in Finowfurt.

Pfingsten am Breten

Er war die Überraschung zum ersten Altenhofer Liedersommer und zum Festival Lied und Politik im Februar dieses Jahres in der Wabe Berlin. Erst am 22. April begeisterte **Christian Haase & Band** das Berliner Publikum im tRÄNENpALAST und am 1. Mai konnten ihn die Eberswalder auf dem Marktplatz kennen lernen.

Auf unsere wohl kleinste Freilichtbühne Deutschlands kommt er diesmal mit seinem hervorragenden Bandkeyboarder Rainer Schön am **Sonntag, den 15. Mai um 17 Uhr** zum



12. Pfingstkonzert des altenhofer kulturkreises e.V.

im Bootsverleih »Am Breten« in Altenhof am Werbellinsee (bei schlechtem Wetter findet das Konzert auf der MS Schorfheide statt, der Eintritt zum Konzert kostet 5 Euro).

Bereits am Freitag, den 13. Mai, wird um 18 Uhr eine Ausstellung mit Werken von Manfred Tekla zum Thema »Neues aus dem Klosterleben« eröffnet. Hier gibt es sicher einiges Interessantes auf vergnügliche Art zu sehen und der Pfingstsonntag beginnt traditionell ab 12 Uhr mit dem über offenen Feuer selbst zubereiteten Kesselgulasch und frisch gezapften Bier!

GÜNTER LANDMANN,

Vorsitzender altenhofer kulturkreis e.V.



»Sommer in der Mühle 2005«

Die Künstler der Zainhammermühle in Eberswalde haben am 16. April die Ausstellungsräume aus ihrem Winterschlaf geholt und im Rahmen ihres Frühjahrsputzes alles für einen guten Start in den Mühlensommer 2005 vorbereitet.

Mit der 66. Ausstellung seit seines Bestehens wird der Kunstverein »Die Mühle e.V.« die Saison 2005 eröffnen. In der Gemeinschaftsausstellung

EINmühlSTEINJAHR

werden die Besucher die neuesten Werke der aktiven Künstler bewundern können.

Der Sommer in der Mühle wird traditionell fünf Ausstellungen bringen. Lassen Sie sich überraschen von der Vielfalt der Kunstgenre.

Die Saison beginnt in diesem Jahr am **1. Mai 2005**, dem Tag des offenen Ateliers in Deutschland. Zur Vernissage um 14.30 Uhr werden die Besucher auch musikalisch durch ein Saxophontrio der Musikschule Eberswalde auf die Ausstellung eingestimmt. Danach wird eine Fotoausstellung von Sören Beseler, einem Gastkünstler aus Berlin, gestaltet. Traditionell wird die Gruppe Holzgestaltung mit Gästen ihre Werke in einer Ausstellung präsentieren.

Stadtführung in Eberswalde

Sonnabend, 30. April, 10.30 Uhr

»60 Jahre danach«

Treffpunkt Adler-Apotheke (Steinstraße)

Neu ist ein Projekt der Mühlenfrauen, die in einem über Wochen dauernden Workshop Fabelwesen aus Pappmache kreieren werden. Als krönenden Abschluß gibt es Werke aus Holz und Farbe von Catrin Sternberg und Karl-Heinz Apel, die für die gute Zusammenarbeit zwischen Holzgestaltern und Malern stehen.

Anläßlich des Deutschen Mühlentages am **16. Mai** wird die 3. MÜHLE(SPIEL)MEISTERSCHAFT durchgeführt. Teilnehmer dafür sollten sich vorher anmelden (Tel.: 281818 oder 28 95 80). Am **17. September** werden in der Mühle Songs zwischen Rock, PopFolk und New Country von der Band DRIFTWOOD erklingen. Der Mühlensommer wird mit der Versteigerung von Werken der Mühlenkünstler zugunsten der Dachsanierung der Mühle am **9. Oktober** ausklingen.

Auch schon traditionell wird am 2. Advent 2005 der WeihnachtsKunstMarkt das Jahr beschließen.

Bleibt den Mühlenkünstlern zu hoffen, daß die Mühle in der Nähe vom Krankenhaus und dem Eberswalde Zoo zu den Ausstellungszeiten samstags und sonntags von 14.30 Uhr bis 18 Uhr gut besucht sein wird.

Außerdem hoffen die Mühlenkünstler darauf, die Zainhammermühle auch nach der Rückübertragung an die Alteigentümer weiter als ihren Kunsthort betreiben zu können.

Die Mühle e.V.,

Am Zainhammer 3, 16225 Eberswalde

SOCIALIST Summertime 05

Antirassismuskino

60 Jahre Befreiung. Allerorts wird an das Ende des Hitler-Faschismus gedacht. Auch die PDS Jugend Eberswalde will ihren Beitrag leisten. Nach vorne schauen, nicht zurück – heißt bei uns jedoch die Devise!

Daher zeigen wir am 13. Mai und am 3. Juni zwei aktuelle Filme, die unterschiedlicher nicht sein könnten. American History X und Dirty Pretty Things.

Beginn: jeweils um 18:30 Uhr, Ort: PDS Geschäftsstelle Eberswalde, Breite Str. 46, Eintritt frei!

American History X (13. Mai)

Edward Norton überzeugt in diesem US-amerikanischen Drama in seiner Rolle als rechtsradikaler Skinhead. Hass und Gewalt ziehen sich durch den Film. Rechtes Gedankengut scheint vererbbar zu sein – der Ausbruch aus diesem Teufelskreis ist somit umso schwerer. Erst der Knast gibt dem Leben des Hauptdarstellers eine neue Wendung. Nichts für schwache Nerven, aber auf jeden Fall sehenswert!

Dirty Pretty Things (3. Juni)

Audrey Tautou (Amelie) spielt die Türkin Senay, die sich illegal in London aufhält, wo sie in einem Nobelhotel als Zimmermädchen arbeitet. Sie verliebt sich in den Nachtportier Okwe aus Nigeria, der ebenfalls keine Aufenthaltspapiere hat. Als man eine Leiche auf einem Zimmer findet, unternimmt der Hotelmanager alles, um den Mord zu vertuschen...

Ein Film ohne körperliche Gewalt – Rassistismus kann aber auch anders aussehen! Sehenswert und unbekannt.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: akk (1), Giering (1), Fischer (1), Markmann (3), Triller (1)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktions-schluß: 23. April 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßig 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21.5.2005, 12 Uhr.